



Zukunft denken. Gegenwart gestalten.

**Etatrede des
Oberbürgermeisters Dr. Peter Kurz
zum Doppelhaushalt 2008 | 2009**

Mannheim, 18.12.2007



STADT MANNHEIM²

„Fortschritt besteht nicht in der Verbesserung dessen, was war, sondern in der Ausrichtung auf das, was sein wird.“

Khalil Gibran

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

unter verschiedenen Aspekten stehen wir vor besonderen Haushaltsberatungen, ist dieser Entwurf ein besonderer Haushalt.

Es ist der erste Haushaltsentwurf, der Ihnen nach 24-jähriger Amtszeit von Gerhard Widder, von einem neuen Oberbürgermeister vorgelegt wird.

Es ist ein Haushaltsentwurf, der in einem vergleichsweise hohen Maß neue Akzentsetzungen enthält.

Die Handlungsspielräume sind auf Grund der positiven, für Mannheim überdurchschnittlich positiven Entwicklung größer geworden.

Die Sondereffekte des Jahres 2007 und der Verkauf der MVV Aktien mit einer teilweisen Ausschüttung dieses Erlöses ermöglichen es, in den nächsten vier Jahren deutlich mehr zu investieren. Zusätzlich werden wir darüber hinaus Schulden abbauen.

Die neuen Akzentsetzungen im investiven Bereich wie im Verwaltungshaushalt sollen zugleich einen Beitrag dazu leisten, uns auf die Herausforderungen der Zukunft frühzeitig einzustellen und damit die Finanzkraft unserer Stadt dauerhaft zu stärken.

Abzusehen ist jedoch, dass wir strukturell noch über keine ausreichenden laufenden Einnahmen verfügen, um die sozialen Anforderungen und die Notwendigkeiten als Zentrum der Metropolregion so erfüllen zu können, dass eine ausreichende Investitionskraft verbleibt. Nach wie vor besteht der Bedarf einer Reform der Gemeindefinanzierung.

Erstmals seit langer Zeit konnten in einem befriedigenden Umfang über die gesamte mittelfristige Finanzplanung reichende Investitionskonzepte dargestellt werden. Die mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2010 und 2011 ist damit eine stabile Grundlage für die auf 2008/2009 folgenden Haushaltsberatungen.

Abbau der Verschuldung der Stadt Mannheim

Bevor ich zu der Bewertung der Haushaltseckdaten und Haushaltsentwicklung im Einzelnen komme, möchte ich Ihnen die geplante Entwicklung der Verschuldung darstellen. Ich stelle dies an den Anfang, weil ich weiß, dass hier ein besonderes öffentliches Interesse besteht. Zwar sind die absoluten Verschuldungszahlen letztendlich nicht wirklich aussagekräftig. So gehört beispielsweise die Stadt München zu den Städten mit der höchsten Verschuldung pro Kopf. Sie ist aber zweifelsfrei eine Stadt, die sich dies leisten kann. Auch ist die Verschuldung weniger Ursache als vielmehr Ausdruck von strukturellen Problemen der wirtschaftlichen, sozialen oder/und finanziellen Entwicklung einer Stadt.

Andererseits ist auch die politische Signalsetzung hinsichtlich der Entwicklung der Verschuldung gegenüber der Öffentlichkeit – sowohl der Bürgerschaft, wie auch der Wirtschaft – nicht zu unterschätzen. Entgegen früherer Überlegungen haben wir uns daher entschieden, die Sondererträge des Jahres 2007, soweit sie nicht für Investitionen verwendet werden, nicht vollständig über die vier Jahre der mittelfristigen Finanzplanung in der Rücklage zu belassen, sondern sie zum Abbau von Verschuldung einzusetzen. Bereits im Jahr 2007 wird die Kreditemächtigung nicht in Anspruch genommen. Zugleich tilgen wir 24,9 Mio. €. Für 2008 und 2009 wollen wir diesen Weg fortsetzen. Das heißt, dass wir nicht nur keine Nettoneuverschuldung haben, sondern in 2008 und 2009 auch keine Kredite in Höhe der Tilgung aufnehmen. Wir bauen damit mit diesem Doppelhaushalt weitere knapp 48 Mio. € Kämmerschulden ab. Für die mittelfristige Finanzplanung 2010 und 2011 ist keine weitere Nettoneuverschuldung vorgesehen. Der Schuldenstand der Stadt Mannheim sinkt damit von 521,3 Mio. € Ende 2006 auf 448,8 Mio. € Ende 2009 und soll sich auch bis Ende 2011 nicht erhöht haben. Beziehen wir die kreditähnlichen Rechtsgeschäfte mit ein, verändert sich der Stand von 718,8 Mio. € Ende 2006 auf 590,8 Mio. € Ende 2011.

Wir setzen damit nahezu die Hälfte des Zuflusses aus dem MVV-Aktienerlös zum Verschuldensabbau im Haushalt der Stadt Mannheim ein. Zu berücksichtigen ist darüber hinaus, dass von den 70 Mio. €, die im MVV-Konzern verbleiben, knapp 40 Mio. € dort zur dauerhaften Entschuldung eingesetzt werden.

Zukunftsichernde Verwendung des Erlöses aus dem MVV-Aktienverkauf an die RheinEnergie AG

Im Oktober 2007 ist der Vertrag über den Verkauf eines Anteils von 16,1% an der MVV Energie wirksam geworden. Die Stadt Mannheim hat damit ihr Ziel erreicht, im sich dynamisch verändernden Energiemarkt einen langfristigen Partner für die strategische Weiterentwicklung der MVV zu gewinnen: Beide Unternehmen streben an, die Plattform für ein kommunales Stadtwerke-Netzwerk zu bilden, das ein Gegengewicht zum Oligopol der vier großen Verbundunternehmen darstellen kann. Der Kooperationsverbund zwischen MVV und RheinEnergie erreicht eine marktrelevante Größe und wird damit sowohl die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen beider Unternehmen deutlich verbessern als auch als „fünfte Kraft“ energiepolitischen Einfluss in Deutschland ausüben.

Der Verkauf von 16,1% der Aktien an die Kölner Rhein-Energie AG ist eine der herausragend wichtigen Entscheidungen der Kommunalpolitik der letzten Jahre.

Die Entscheidung, sich mit der Rhein-Energie AG als Stadtwerkeverbund zu verstehen und zu organisieren bedeutet auch, dass dauerhaft eine kommunalbestimmte Mehrheit für den Konzern Verantwortung tragen soll. Die MVV bleibt damit ein dauerhaft „gemischtwirtschaftliches“ Unternehmen unter starkem öffentlichen Einfluss. Die Kapitalmarktorientierung nimmt damit ab, was nicht heißt und nicht bedeuten darf, dass die Wettbewerbsorientierung im Energiemarkt nachlassen darf.

Wichtig ist es mir hier, die finanzielle Seite der Transaktion zu beleuchten. Sie verdeutlicht, dass die Stadt Mannheim in den letzten Jahren durch die Entwicklung der MVV einen erheblichen Vermögenszuwachs erfahren hat. Mit den jetzt eingeleiteten Beschlüssen wird kein Vermögen „verbraucht“.

Ich möchte Ihnen dies kurz darstellen:

Aufgrund der sehr guten wirtschaftlichen Entwicklung und strategischen Positionierung der MVV in den letzten vier Jahren konnte für den Verkauf von 9 Millionen MVV- Energie-Aktien ein Preis von 305 Mio. € erzielt werden, d.h. 34 € pro Aktie.

Wie vom Gemeinderat beschlossen hat sich die Stadt Mannheim (über die MVV Verkehr) danach an der 20%-igen Kapitalerhöhung beteiligt, ihr Bezugsrecht wahrgenommen, um

weiterhin Mehrheitsaktionärin der MVV-Energie zu bleiben und 5 Millionen neue Aktien gekauft.

Hierfür wurden 114 Mio. Euro aufgewendet. Da die neuen Aktien zum Preis von 22,50 € erworben werden konnten, hat die Stadt allein aus dem Umgang mit dieser Aktien-Tranche einen Vermögenszuwachs von knapp 60 Mio. € erzielt. Die „echte Reduzierung“ des Aktienbestands im Eigentum der Stadt Mannheim liegt damit bei 120-130 Mio. Euro.

Die insgesamt gewonnenen finanziellen Mittel werden nicht konsumtiv verwendet, sondern zur Erhöhung bzw. dem Substanzerhalt unseres kommunalen Vermögens eingesetzt. Der gesamte Vorgang führt somit zu keiner Vermögensschmälerung. Im Gegenteil: die Aktiva der Stadt Mannheim haben sich vermehrt.

Die MVV GmbH – unsere 100%-ige Tochter – wird vollständig, d.h. in Höhe von 39 Mio. € entschuldet. Wir leisten damit auch einen Ausgleich für die durch den Anteilsverkauf per Saldo entstehende Verringerung der Dividendeneinnahmen von der MVV Energie AG von jährlich 3 Mio. €.

Auch wenn in den letzten Jahren über 700 Mio. € Investitionen in die Verbesserung des ÖPNV in Mannheim geflossen sind, wollen wir den ÖPNV noch weiter ausbauen – dafür sollen an unsere Verkehrsgesellschaft aus dem Anteilserlös jetzt 21 Mio. € fließen – Mittel, die wir sonst wie bisher nur in kleinen jährlichen Raten aus dem städtischen Haushalt hätten zur Verfügung stellen können.

Ein weiterer Betrag von 10 Mio. € wird der MVV GmbH (zumindest vorerst) überlassen zur Unterstützung besonders förderungswürdiger kommunaler Zwecke.

Nach Abzug der im MVV-Konzern verbleibenden Mittel von insgesamt 70 Mio. € und der Kapitalertragsteuer kommen noch 105,5 Mio. € aus dem Anteilsverkauf dem städtischen Haushalt zu Gute.

Diese Mittel werden nach dem Etatentwurf der Verwaltung für die langfristige Finanzierung wichtiger kommunaler Zukunftsinvestitionen eingesetzt, und zwar für den Ausbau von Krippen und Ganztagschulen sowie die Sanierung öffentlicher Gebäude. Mit entsprechenden energetischen Verbesserungen erzielen wir hier auch eine Effizienzrendite. 48 Mio. € sollen nach unserem Vorschlag zur Entschuldung der Stadt verwendet werden.

Finanzielle Rahmenbedingungen und Struktur des Haushaltes 2008/2009 und der Finanzplanung 2010/2011

Um den erheblichen Unterschied zur Situation von vor zwei Jahren zu erkennen, ist es lohnend, sich einmal mit dem Vorgängerdoppelhaushalt 2006/2007 auseinanderzusetzen. Er wurde

im Dezember 2005 mit dem Vorschlag der Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuern eingebracht und in Auswechslung dieses Deckungsvorschlages mit Beschlüssen zur Veräußerung von Aktienkapital und Bezugsrechte-Verkäufen bei der MVV verabschiedet. Die Finanzplanung für 2008 und 2009 wurde mit einem Fehlbetrag von jeweils rd. 10 Mio. € durch den Gemeinderat verabschiedet und führte seitens des Regierungspräsidiums zu der Auflage, ein Deckungskonzept für den Verwaltungshaushalt in einem Umfang von jährlich 10 Mio. € vorzulegen, um die genannten Fehlbeträge in den Jahren 2008 und 2009 zu schließen. Zusätzlich sollte ab dem Haushaltsjahr 2010 keine Neuverschuldung mehr vorgesehen sein.

Der Konjunkturaufschwung der letzten Jahre, die Gewinnentwicklung gewerbesteuerpflichtiger Unternehmen in Mannheim und gewerbesteuerlich relevante Sondereinflüsse in der örtlichen Entwicklung der Gewerbesteuer haben zu einem ausgeglichenen Haushalt 2006 geführt, der zu erwartende Jahresabschluss 2007 wird dieses Ergebnis erheblich übertreffen.

Die Planung für die Jahre 2008 bis 2011 ergibt aufgrund der erwarteten Steuerreinnahmen, jeweils ausgeglichene Verwaltungshaushalte, die in vollem Umfange den haushaltsrechtlichen Anforderungen entsprechen. Lediglich im Jahre 2009 müssen Einnahmen des Vermögenshaushaltes als Ersatzdeckungsmittel herangezogen werden, weil der Einnahme-Überschuss des Verwaltungshaushaltes in dem genannten Jahr die Pflichtzuführung des Verwaltungshaushaltes an den Vermögenshaushalt nicht erreicht.

Das Planungsjahr 2009 ist belastet durch die hohe Steuerkraft des Jahres 2007, die zu geringeren Einnahmen bei den Schlüsselzuweisungen nach mangelnder Steuerkraft und zu einer höheren Finanzausgleichsumlage der Stadt Mannheim im kommunalen Finanzausgleich führt. Deshalb beträgt die Zuführung des Verwaltungshaushaltes an den Vermögenshaushalt 2009 nur 8,7 Mio. € im Vergleich zur Zuführung von 39,4 in 2008. Der

Vermögenshaushalt 2009 gleicht diese Mindereinnahme durch Entnahmen aus der im Zuge des Jahresabschlusses 2007 zu bildenden Rücklage aus.

Die Einnahmen aus Gewerbesteuer wurden in 2008 und 2009 mit 240 und 246 Mio. € in den Verwaltungshaushalt eingesetzt. Das ist zunächst eine leichte Absenkung gegenüber dem um Sondereffekte bereinigten Ergebnis 2007. Angesichts der Unternehmenssteuerreform und der etwas eingetrübten Konjunkturerwartungen ist dieser Ansatz jedoch keineswegs pessimistisch. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die Gewerbesteuer-Vorauszahlungen im nächsten Jahr die geänderte Rechtslage aus der zum 01.01.2008 in Kraft tretenden Unternehmenssteuerreform aufnehmen. Der Deutsche Städtetag hat die Finanzverwaltung des Bundes und der Länder eindringlich aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass nicht nur die entlastenden, sondern auch die zur Gegenfinanzierung der Gewerbesteuerausfälle beschlossenen, die Unternehmen belastenden Maßnahmen bei den Vorauszahlungen im Jahre 2008 ihren Niederschlag finden. Spätestens mit der Vorlage des Halbjahresberichtes im Juli 2008 wird die Verwaltung eine differenzierte Einschätzung zur Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens geben können.

Der Verwaltungshaushalt hat zusammen mit den sonstigen Einnahmen Gesamteinnahmen von 878,7 Mio. € in 2008 und 876,3 Mio. € in 2009, die für laufende Personal- und Sachausgaben, Zuschüsse und Zuweisungen sowie soziale Leistungen und schließlich den Eigenfinanzierungsanteil für Investitionen zur Verfügung stehen.

Bereits bei Vorlage des letzten Doppelhaushalts hatte die Verwaltung auf die Grenzen der Haushaltskonsolidierung bei den Personal- und Sachausgaben hingewiesen. Neues Tarifrecht für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, neue gesetzliche Aufgaben, die erhöhte Inanspruchnahme von kommunalen Pflichtleistungen und die allgemeine Kostensteigerung haben im Haushaltsvollzug der vergangenen Jahre ihre Spuren hinterlassen. Zu erinnern ist an zahlreiche Vorlagen der Verwaltung an den Gemeinderat in den letzten Jahren, die im Haushaltsvollzug zu Mehrausgaben vor allem im Sachkosten-Bereich geführt haben, weil aufgrund unabweisbarer Sachverhalte eine Nachfinanzierung solcher Ausgaben notwendig geworden ist. Der jetzige Haushaltsentwurf trägt diesen Entwicklungen Rechnung in den Bereichen Personal, Gebäudebewirtschaftung und Gebäudeunterhaltung.

Die Ziele der 2003/2004 beschlossenen Personalkostenkonsolidierungsmaßnahmen sind zu einem beachtlichen Teil realisiert worden. Eine 100-%ige Nutzung der Personalfuktuation für

einen Stellenabbau im Rahmen der angestrebten 10 %-igen Personalkostenreduzierung in fünf Jahren war jedoch in einigen Bereichen, beispielhaft sind die Kindertagesstätten oder der Bäderbetrieb zu nennen, nicht möglich gewesen. Dies muss in einem unumgänglich notwendigen Maße korrigiert werden. Daneben gilt es, Fehlentwicklungen wie der nicht ausgewogenen Altersstruktur der Belegschaft gegenzusteuern. Auch ist absehbar, dass die Stadtverwaltung wie alle Arbeitgeber erhebliche Anstrengungen für die Gewinnung von qualifiziertem Personal unternehmen muss. Eine entsprechende Fortschreibung des Stellenplans erfolgt.

Auch ist die Personalstärke der Verwaltung aufgrund gestiegener Anforderungen in ausgewählten Bereichen zu erhöhen. Ich nenne die Umwandlung bestehender Schulen in Ganztageseinrichtungen, den bereits aufgrund bestehender Gesetze begonnenen und verstärkt fortzuführenden Ausbau von Kindergruppen für 0-bis 3jährige Kinder und die Einhaltung verbindlicher Entscheidungen der EU zur Arbeitszeit der Beamten unserer Berufsfeuerwehr.

Schließlich steht für 2008 eine Tarifrunde an. Die Verwaltung geht nicht davon aus, dass das Ergebnis der Tarifverhandlungen bis zu den Etatberatungen Anfang März 2008 vorliegt. Sie hat jedoch auf der Basis einer ca. 3%-igen Tariferhöhung Mehrbeträge in den Haushalt eingestellt. Schließlich führt die weitere Umsetzung des TVöD zeitversetzt zu nicht abwendbaren, höheren Personalausgaben.

Zusammen müssen die Personalausgaben in 2008 und 2009 gegenüber der Finanzplanung um 7,4 und 7,9 Mio. € auf 217,4 und 219,9 Mio. € erhöht werden. Zur Risikoabdeckung hatte die Verwaltung die Finanzplanungsansätze bereits mit der fortgeschriebenen Finanzplanung Ende 2006 um 5,2 und 8,8 Mio. € erhöht.

Tarifsteigerungen und weitere Besoldungserhöhungen ab 2009 müssten nachveranschlagt werden.

Bei den Sachausgaben wollen wir in der Bauunterhaltung einen ersten Schritt zum Abbau des aufgestauten Bedarfes tun. Der Zuwachs an neu zu unterhaltenden Gebäuden, Straßen und Flächen war ebenfalls zu berücksichtigen. So sollen die Ausgaben für die Bauunterhaltung auf 10,5 Mio. € ansteigen.

Ein Anstieg bei der Gebäudebewirtschaftung aufgrund gestiegener Energiekosten ist ebenso nur durch Investitionen zu vermeiden. Die weitere Preisentwicklung in den nächsten zwei

Jahren muss abgewartet werden, weitere Erhöhungen sind in den vorhandenen Ansätzen nicht gedeckt. Sie vollziehen jedoch die Sprünge der Vergangenheit nach.

In den Sachkosten abgebildet sind außerdem erste Aufwendungen für den Verwaltungsumbau einschließlich der Umstellung des Rechnungswesens, das künftige Budget für die Bezirksbeiräte, die Ausgaben für die Umsetzung der Orientierungsplanung in den Kindergärten einschl. der Sprachförderung sowie die Auslagerungskosten für die Kindertagesstätte im Quadrat K 2 während der Sanierungsphase.

Der Haushalt ist auch geprägt von einer Zunahme der Zuweisungen und Zuschüsse an gemeinnützige und kirchliche Einrichtungen einerseits und den Pflichtleistungen der Sozial- und Jugendhilfe andererseits. Bei den Zuschüssen sind die Zuschüsse an kirchliche Träger für die Einrichtung von Kinderkrippen, hier vorgeschlagene Zuschüsse für die Mittagsverpflegung von Kindern und die Zuschüsse für Einrichtungen im Zuge der Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände in Baden-Württemberg zu erwähnen, die in der Finanzplanung über 2007 hinaus nicht enthalten waren. Alleine dadurch entstehen zusätzlich zu finanzierende Ausgaben von 2,5 und 3,0 Mio. €.

Deutlich höhere Aufwendungen sind bei den Leistungen der Sozialhilfe und der Jugendhilfe zu verzeichnen. Es handelt sich hierbei um auf Leistungsgesetze bezogene Pflichtausgaben, die nicht zuletzt für die Jugendhilfe aufgrund aktueller Sachlagen und ihre Diskussion unabhängig von künftigen konzeptionellen Überlegungen in Richtung Prävention zunächst unabweisbar sind. Die Ausgaben für Sozial- und Jugendhilfe liegen in 2008 und 2009 um 6,6 bzw. 14,1 Mio. € über der Finanzplanung mit weiter ansteigender Tendenz in 2010 und 2011.

Höhere Zuschüsse sind veranschlagt für die Eigenbetriebe Nationaltheater, Kunsthalle und Reiß-Engelhorn-Museen im Vergleich zur abgelaufenen Finanzplanung von 2,4 und 4,1 Mio. €. Die erhöhten Zuschüsse sichern den laufenden Betrieb und vermeiden einen ansonsten drohenden, gravierenden Qualitätsverlust.

Die Ertragskraft des Verwaltungshaushaltes wird bei den Zinsen ab 2008 in mehrfacher Weise gestärkt. Auf der Einnahme-Seite wird aus dem Jahresabschluss 2007 eine Rücklage in Höhe von rd. 228 Mio. € gebildet. Die Höhe der Rücklage ergibt sich aus dem Einnahmeüberschuss des Verwaltungshaushaltes 2007, vor allem gespeist aus hohen Gewerbesteuer-Einnahmen in Höhe von voraussichtlich 339 Mio. € und der Auflösung der Beteiligung bei der MVV in Höhe von derzeit 105,5 Mio. €. Auf der Ausgabenseite wirkt das Nichtausschöpfen der Kreditermächtigung in 2006 (teilweise) und 2007 nach, für 2008 und

2009 schlägt die Verwaltung im Rahmen der Überlegungen zum Schuldenabbau vor, keine neuen Darlehen aufzunehmen und damit real Schulden abzubauen. Hieraus ergeben sich Zinseinsparungen, die zum Ausgleich der Haushalte 2008 und 2009 und der Finanzplanungsjahre 2010 und 2011 eingesetzt werden.

Angesichts der gesamten Ausgabenentwicklung und bestehender Risiken haben wir uns dafür entschieden, eine gegenüber 2006/2007 etwas abgesenkte globale Minderausgabe in Höhe von 7,0 bzw. 7,4 Mio. € anzusetzen. Verbesserungen im Haushaltsvollzug 2008 und 2009 gehen daher zunächst in die von den Dezernaten zu erbringende globale Minderausgabe.

Gestärkter Vermögenshaushalt

Die deutlichste Veränderung gegenüber der bisherigen Finanzplanung zeigt der Vermögenshaushalt.

Das Investitionsprogramm 2008/2009 in der im Dezember 2006 verabschiedeten Fassung war von zurückgehenden Bauausgaben gekennzeichnet. In Finanzplanungsjahr 2010 waren Bauausgaben in Höhe von nur noch 38,1 Mio. € ausgewiesen – viel zu wenig. Die Allgemeine Rücklage war lt. ursprünglicher Planung bis auf die Mindestrücklage ausgeschöpft. Schließlich sollte die Stadt mit dem Jahr 2010 erstmals ohne eine Nettoneuverschuldung ihr Investitionsprogramm finanzieren. Die wegfallenden Einnahmen aus Krediten sollten nach Vorstellung des Regierungspräsidiums durch höhere Erträge des Verwaltungshaushalts ersetzt werden. Dies wäre mit Blick auf steigende Ausgaben, die nicht oder nur zum Teil durch städtisches Handeln oder Unterlassen beeinflussbar sind, kaum darstellbar gewesen.

Der Erhalt der städtischen Infrastruktur erfordert einen steigenden Mitteleinsatz. Beispielhaft nenne ich den Investitionsbedarf bei unseren Schulgebäuden. Die Entlastung des Vermögenshaushaltes um das PPP-Projekt über unsere Gesellschaft BBS mit einem Kreditvolumen von einmalig 40 Mio. € umfasst lediglich acht Gebäude und Liegenschaften. Die Kreditaufnahme im Rahmen dieses Projekt musste nach Auflagen des Regierungspräsidiums durch eine Rückführung der Kreditermächtigung für das Haushaltsjahr 2004 gewissermaßen "gegenfinanziert" werden. Im Hinblick auf den Stand der Verbindlichkeiten im Kämmerei-Haushalt hat das Regierungspräsidium die Genehmigung einer ähnlichen Anschlussfinanzierung für weitere Projekte nicht in Aussicht gestellt. Um ein

Bauvolumen von durchschnittlich 65 bis 70 Mio. € in den Jahren 2008 bis 2011 darzustellen, bedurfte es außerordentlicher Schritte der Stadt, um zusätzliche Einnahmen für den Vermögenshaushalt zu generieren.

Ausgangspunkt für die Überlegungen, den Haushalt der Stadt strukturell zu stabilisieren und für die künftigen Jahre genehmigungsfähig und ohne Auflagen zu gestalten, war die Neubewertung unserer Beteiligungen insbesondere der MVV. Schon zum Haushalt 2006/2007 hatte der Gemeinderat zum Zwecke des Haushaltsausgleichs beschlossen, 3% des Aktienkapitals zu veräußern, ebenso die Bezugsrechte der Stadt aus der vom Gemeinderat früher genehmigten Kapitalerhöhung von 20 %. Die dazu erforderlichen Schritte wurden weder in 2006 noch in 2007 eingeleitet, weil die positive Entwicklung des Haushalts dies nicht erforderlich machte. Das gleiche galt für die Finanzplanung 2008, in der aus dem Haushalt nicht realisierte Einnahmen des Jahres 2006 - wie dargestellt - erneut veranschlagt wurden. Die zwischenzeitlich weiterentwickelten Aktivitäten haben mit der Verringerung des Aktienpaketes, seiner Veräußerung an einen Dritten bei gleichzeitiger Teilhabe des verringerten Aktienpaketes an der gleichzeitig vorgenommenen Kapitalerhöhung eine Ausschüttung/Verkaufserlös für die Stadt Mannheim ergeben, die nach Ablösung von Verbindlichkeiten, Übernahme bisher aus dem Vermögenshaushalt finanzierter Investitionszuschüsse an MVV/MVG im Rahmen des damaligen Finanzierungskonzepts MVG 2000, nach Steuern ca. 105,5 Mio. € beträgt. Dieser Betrag wird noch in 2007 im Verwaltungshaushalt vereinnahmt und in voller Höhe der Allgemeinen Rücklage zugeführt. Zusammen mit dem Überschuss des Verwaltungshaushaltes 2007 können somit ca. 208 Mio. € der Rücklage zugeführt werden.

Die Höhe der Rücklagezuführung 2007 ist in der Nachkriegsgeschichte Mannheims einmalig. Deshalb ist die Verwendung der Rücklage besonders unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit zu entscheiden. Nachhaltig ist eine Mittelverwendung stets dann, wenn sie die Haushaltsstruktur dauerhaft positiv verändert und die Haushaltsbelastungen langjährig verringert.

Zu den dauerhaften Belastungen des Vermögenshaushaltes hat sich der immer schlechtere Zustand der Infrastruktur aus städtischen Gebäuden, Flächen und Einrichtungen entwickelt. Längerfristige Entscheidungen waren in der Vergangenheit oftmals nicht mehr möglich, weil aus Gründen der Verkehrssicherheit, der Betriebssicherheit und der Funktionstüchtigkeit Investitionsentscheidungen oft ad hoc getroffen werden mussten. Mittel mussten auch gleichzeitig zu vielen Projekten zugewendet werden, was zu langen Bauzeiten führte. Die deutliche Anhebung der Bauausgaben ab 2008 um durchschnittlich 28 Mio. € dient vor allem

anderen dem Erhalt der infrastrukturellen Ausstattung der Stadt. Die parallele Erhöhung der Bauunterhaltungsmittel im Verwaltungshaushalt habe ich bereits erwähnt.

So sollen mit der Sanierung des Altbaues der Kunsthalle und der Fassade des Herschelbades zwei auch geschichtlich bedeutende Bauwerke ihrer Funktionalität wieder zugeführt werden, wobei bezüglich des Herschelbades Anschluss-Entscheidungen zu treffen sind. Den baulichen Verfall der Gebäude zu stoppen, verlangt dringend erste Sanierungsschritte schon im nächsten Jahr. Das Sanierungsprogramm für Schulen auch i.S. von Generalsanierungen wird in den Jahren 2008 bis 2011 fortgeführt. Zu erwähnen sind u.a. die Kerschensteiner Schule, die Seckenheim-Schule, das Karl-Friedrich-Gymnasium, die Friedrich-Ebert-Schule, die Sonderschule Ladenburg, die Käfertalschule, die Sandhofenschule und die Peter-Petersen-Schule. Insgesamt sind knapp 94 Mio. € an Investitionen in die Mannheimer Schulen für die Jahre 2008 bis 2011 vorgesehen. Hinzu kommen die Investitionen der BBS, die ja erst jetzt richtig anlaufen. Schließlich sind Bauausgaben unter dem Gesichtspunkt der Sanierung zu leisten beim Neckarauer Übergang, bei der fortlaufenden Grunderneuerung Mannheimer Brücken, im Wohngebiet Schönau-Mitte und Rainweidenstraße. Weiter ist die Bäderkonzeption zu erwähnen, die mit erheblichen Beträgen schrittweise umgesetzt werden soll.

Wenn auch das Schwergewicht auf sanierungsbedingten Ausgaben liegt, gibt es doch eine Reihe von weiteren Zukunftsinvestitionen, die die städtebauliche Entwicklung Mannheims auf Jahrzehnte hinaus prägen und auch ein Mehr an städtischen Einrichtungen bedeuten. Für die städtebauliche Entwicklung stehen das Projekt Mannheim 21 und ab 2010/2011 die Ergänzung des öffentlichen Raumes in der Kurpfalzachse, im Bereich der Planken sowie die Förderung im Ziel 2-Programm in der Förderperiode 2007 bis 2013 und weitere Maßnahmen der Stadterneuerung- und sanierung.

Die Neuschaffung der Infrastruktur in 2008 bis 2011 bezieht sich auf die Einrichtung weiterer Ganztageschulen und den Ausbau von Krippen mit Schwerpunkt in den Jahren 2010 und 2011.

Die Stadt fördert darüber hinaus Investitionen Dritter mit durchschnittlich 8 Mio. € jährlich. Die Ausgaben für Vermögenserwerb liegen bei durchschnittlich 14 Mio. €

Die zweite Säule nachhaltiger Haushaltsgesundung besteht in der Rückführung der Verschuldung der Stadt in den nächsten Jahren. Hierzu habe ich bereits Ausführungen

gemacht. Der Haushalt wird durch die Begrenzung und Zurückführung der Verbindlichkeiten der Stadt auch bei den Zinsen im Verwaltungshaushalt entlastet.

Um die Investitionstätigkeit in dem beschriebenen Umfang finanzieren zu können, nimmt die Stadt den Einnahme-Überschuss des Jahres 2007 und die Erlöse aus den Ausschüttungen der MVV in die Rücklage, die zum 31.12.2007 über einen Bestand von 228 Mio. € verfügen wird.

Ob sich der Überschuss des Haushaltes 2007 noch erhöhen wird, hängt von noch zu treffenden Entscheidungen zur Übertragung nicht verbrauchter Haushaltsmittel aus 2007 und früheren Jahren ab. Der Gemeinderat erhält dazu - wie üblich - eine entsprechende Vorlage zu den Etatberatungen. Die Verwaltung ist im Rahmen der Abschlussarbeiten für das Jahr 2007, zu der die Mittelübertragung aus den Vorjahren gehört, bemüht, die Rücklagenzuführung aus dem Teil Einnahmeüberschuss so hoch wie möglich zu gestalten, damit die Inanspruchnahme der Rücklage aus der Ausschüttung möglichst auf Ende 2009/Anfang 2010 hinausgeschoben werden kann.

Der jeweils nicht benötigte Teil der Rücklage führt durch entsprechende Geldanlagen zu Zinserträgen. Die Kämmerei hat Einnahmen in Höhe von insgesamt 11 Mio. € in den Jahren 2008 bis 2011, davon 9,0 Mio. € in 2008 und 2009 im Verwaltungshaushalt eingesetzt.

In der mittelfristigen Finanzplanung wird das Investitionsniveau mit zusammen 180 Mio. € in 2010/2011 fortgeführt. Eine Nettoneuverschuldung wird nicht geplant. Die Entnahme aus der Rücklage geht auf 39 und 16 Mio. € in 2010 und 2011 zurück. Die Rücklage beträgt zum 31.12.2011 37,9 Mio. € und liegt damit um 20,2 Mio. € über der Mindestrücklage. Verbesserungen in den jeweiligen Haushaltsjahren werden - soweit sie nicht für das Erbringen der globalen Minderausgabe benötigt werden, zur Schonung der Rücklage eingesetzt werden. Ziel ist es, zur Investitionsfinanzierung in 2012 und 2013 wiederum auf Mittel der Rücklage zurückgreifen zu können. Das wird absehbar erforderlich sein, um das jetzt angestrebte und erreichte Investitionsniveau über 2011 fortsetzen zu können.

Die vorgelegte Haushaltssatzung für die Jahre 2008 und 2009 und die ebenfalls beigefügte mittelfristige Finanzplanung, die den Zeitraum 2007 bis 2011 umfasst, entspricht in vollem Umfang den haushaltsrechtlichen und haushaltswirtschaftlichen Anforderungen der Gemeindeordnung und anderer haushaltswirtschaftlicher Bestimmungen des Landes Baden-Württemberg. Die Verwaltung geht deshalb von einer auflagenfreien Genehmigung von Haushaltssatzung und Finanzplanung aus.

Verwaltungsumbau: Zukunftsorientierung der Verwaltung

Erhebliche Anstrengungen werden in den nächsten Jahren in die Verwaltungsmodernisierung fließen. Qualität und Innovationskraft der öffentlichen Verwaltung sind erhebliche Standortfaktoren. Es ist mein Ziel, dass die Stadtverwaltung Mannheim hierbei eine Schrittmacher- und Vorbildfunktion übernimmt. Der Masterplan zur Verwaltungsmodernisierung wird in einer gesonderten Vorlage dem Gemeinderat heute vorgestellt. Zahlreiche im Masterplan angesprochene Themen und Projekte spiegeln sich auch im heute vorgelegten Haushaltentwurf wieder. Die grundlegende Zielsetzung, die strategische Steuerung der Stadt Mannheim zu verbessern, hat auch einen engen Bezug zur Gestaltung der Gemeinderatsarbeit. Zu den programmatischen Schwerpunkten Jugend und Bildung, wirtschaftspolitische Strategie und Kulturhauptstadt 2020 werde ich in dieser Haushaltsrede noch Ausführungen machen. Gleiches gilt für den Schwerpunkt Stärkung der Teilhabe und zur Personalentwicklung. Ein großes Projekt neben der allgemeinen Optimierung der Organisation wird die bessere Steuerung der städtischen Beteiligungen und die verbesserte Vermögensverwaltung sein. 30 Projekte werden die sechs benannten Säulen der Verwaltungsmodernisierung

- die strategische Steuerung
- die erwähnten programmatischen Schwerpunkte
- die Stärkung der Teilhabe
- die zukunftsfähige Personalentwicklung
- die städtischen Beteiligungen und
- die Optimierung der Organisation

ausfüllen. Projekte in diesem Umfang und diesem qualitativen Anspruch sind mit Bordmitteln allein nicht umsetzbar. Der Haushaltsplan enthält deswegen zwingend notwendige Mittel zur externen Begleitung der vorgesehenen Projekte. Eine Vorlage hierzu wird für die Etatberatungen erstellt werden.

Personal – unsere wichtigste Ressource

Wie ich bereits bei der Darstellung der finanziellen Situation ausgeführt habe, sind wir mit den bisherigen Konzepten der Personalkostenkonsolidierung an eine Grenze gestoßen. Zugleich ist die Betrachtung der Personalentwicklung stark von Finanzaspekten dominiert

worden. Die Leistungsfähigkeit der Verwaltung, Innovationsfähigkeit und Servicequalität basieren letztlich auf dem Engagement und der Qualität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wollen wir die Zukunftsfähigkeit der Mannheimer Stadtverwaltung sichern, müssen wir hierauf ein größeres Augenmerk richten. Dabei geht es um Unternehmenskultur, Personalentwicklung, aber auch um Personalgewinnung und Ausbildung.

Je nach Organisationseinheit werden in den nächsten zwölf bis 15 Jahren bis zu 40% der Beschäftigten auf Grund des Erreichens der Altersgrenze bei der Stadtverwaltung Mannheim ausscheiden, zugleich werden die Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhebliche Veränderungen erfahren. Eine gezielte Personalentwicklung muss diese Entwicklungen begleiten und auch die Bedürfnisse älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer berücksichtigen. Flankierend wird das Handlungsfeld „Gesundheitsförderung“ konzeptionell verstärkt aufgegriffen.

Die Einführung des jährlichen Mitarbeitergesprächs ist ein bedeutender Baustein des strategischen Personalentwicklungskonzepts. Die in diesen Gesprächen zwischen Führungskräften und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vereinbarten Qualifizierungsbedarfe werden überwiegend zentral finanziert und sind bereits in das Fortbildungsprogramm 2008 eingeflossen. Trotz zielorientierter Schulungsprogramme zur Durchführung der Gespräche, kann zur Zeit noch nicht von einem einheitlichen Standard in der Verwaltung gesprochen werden.

Über die Neupositionierung der Stadtverwaltung Mannheim im Rahmen des Umbauprozesses wollen wir uns weiter als moderne und attraktive Arbeitgeberin in der Öffentlichkeit präsentieren. Im Hinblick auf die aktuelle demografische Entwicklung ist ein solcher Imagegewinn im Wettbewerb mit anderen Arbeitgebern entscheidend. Wir erleben bereits heute, dass die Gewinnung von Fachkräften am Arbeitsmarkt, beispielsweise im Ingenieurbereich, aber auch bei Erzieherinnen und Erziehern und bei den Absolventinnen und Absolventen der Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung schwierig ist. Nicht nur nach außen, sondern auch nach innen müssen durch entsprechende Strategien die Zufriedenheit, Motivation und Leistungsbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Fokus stehen.

Dabei werden auch die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Abbildung der heterogenen Bevölkerungsstruktur der Stadt Mannheim bei unserer Stadtverwaltung eine bedeutende Rolle spielen. Bei der Erstellung und Einführung eines Rahmenkonzeptes „Diversity-Management“ geht es darum, umfangreiche Maßnahmen zu entwickeln, die auch

im Bereich der Personalentwicklung umgesetzt werden. Die bisherigen Instrumente von Gender-Mainstreaming und Integrationsmaßnahmen werden dabei einbezogen.

Von besonderer Bedeutung für mich ist die Gewinnung und Ausbildung von Nachwuchskräften für alle Bereiche der Stadtverwaltung. Vor dem Hintergrund der Schaffung von Perspektiven für Jugendliche sowie im Hinblick auf die demografische Entwicklung will ich in den nächsten Jahren die Anstrengung systematisch weiter verstärken und neue Ausbildungsplätze bei der Stadt Mannheim schaffen. Begonnen wurde bereits mit einer neuen Ausbildungsinitiative mit dem Ziel, die Ausbildungszahlen zu erhöhen und die Ausbildung insgesamt neu auszurichten. Bei der kontinuierlichen Erweiterung des Ausbildungsangebotes werden in den Bereichen, die die Stadt nicht selbst abdecken kann, Ausbildungsverbünde sowie Ausbildungskooperationen geschlossen und weiter ausgebaut. Durch die angestrebte enge Kooperation mit den schulischen Einrichtungen sollen verstärkt Bewerberinnen und Bewerber für die vielfältigen Ausbildungsangebote gewonnen werden. Für das Ausbildungsjahr 2007 konnte in einem ersten Zug die Zahl der Ausbildungsplätze bereits von 88 auf 120 ausgebaut werden. Im Jahr 2008 werden weitere Ausbildungsmöglichkeiten – auch in neuen Berufen – geschaffen. In einigen Bereichen kann dies zu einer Verdoppelung der jährlichen Ausbildungsplätze führen. Ich bitte alle Akteure an dieser Stelle erneut um ihre tatkräftige Unterstützung bei den gemeinsamen Bemühungen, in den Dienststellen Ausbildungsplätze einzurichten und sich für die Ausbildung junger Menschen bei der Stadt zu engagieren. Die interkulturellen Kompetenzen gewinnen für das Dienstleistungsunternehmen Stadtverwaltung zunehmend an Bedeutung. Neben dem angesprochenen Diversity-Management geht es insbesondere auch darum, im Bereich der Ausbildung junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Migrantenfamilien für die vielfältigen und abwechslungsreichen Arbeitsbereiche der Stadtverwaltung zu gewinnen. Die zur Umsetzung und Anpassung der neuen Instrumente und Handlungsfelder der Personalentwicklung sowie für die Erhöhung der Ausbildungszahlen erforderlichen Haushaltsmittel sind in den Haushaltsplanentwurf eingeflossen.

Änderungen in der Personalwirtschaft

Die sich zunehmend verschlechternde Haushaltslage führte im Jahr 2003 dazu, dass zusätzlich zur beschlossenen Wiederbesetzungssperre sowie einem Einstellungsstopp weitere Maßnahmen beschlossen wurden. Ziel war es, zwischen 2004 und 2008 insgesamt 10% der Personalausgaben abzubauen. Soweit die Vorschläge der Fachbereiche nicht zur Erfüllung der Einsparungsvorgaben ausreichten, wurde der „Fehlbetrag“ dezernatsweise

über die Fluktuation der kommenden Jahre ausgeglichen, d.h., frei werdende Stellen erhielten einen KW-Vermerk. Das gesamte Einsparvolumen belief sich auf rd. 19,6 Mio. €. Insgesamt werden unter Berücksichtigung der noch realisierbaren Maßnahmen 14,6 Mio. € erreicht werden. Dies ist eine Realisierungsquote von über 75%. Neben den finanziellen Eckpunkten ist zu berücksichtigen, dass letztlich mehr als 650 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betroffen waren. Ein erheblicher Anteil konnte über das Instrumentarium der Altersteilzeit realisiert werden. Umsetzungen konnten weitestgehend im Einvernehmen erzielt werden. Hierfür ist allen Beteiligten ausdrücklich zu danken. Zugleich ist aber unverkennbar, dass die Konsolidierungsbemühungen in mehreren Bereichen an die Grenzen gelangt sind. Beispielhaft kann hier der Sozialdienst des Jugendamtes genannt werden, in dem es unerlässlich war, gewisse Standards aufrechtzuerhalten.

Zu den Etatberatungen wird ein detaillierter Bericht zur Personalkostenkonsolidierung vorgelegt werden. Die sich aus der Entwicklung ergebenden Folgerungen sind Gegenstand des nunmehr vorliegenden Haushalts. Darüber hinaus war sonstigen Veränderungen und Entwicklungen Rechnung zu tragen. Erwähnt sei der Ausbau der Kinderkrippen mit 24 zusätzlichen Stellen 2008 und 31 zusätzlichen Stellen 2009. Weiterhin ergibt sich aus der Anwendung des kindbezogenen Personalschlüssels die Notwendigkeit, über die im letzten Doppelhaushalt bereits berücksichtigten Positionen weitere 25 Springerstellen einzurichten. Personalmehrungen verbinden sich auch mit den gefassten Beschlüssen der Ganztagsbetreuung an Schulen. Zu berücksichtigen ist auch das Ziel, die Ausbildungskapazitäten bei der Stadt Mannheim deutlich zu steigern. Für die kommenden Jahre sind Änderungen bei der Sozialversicherung, dem Besoldungs- sowie dem Tarifrecht zu beachten. In diesen Bereichen gibt es zwar Einspareffekte, diese werden jedoch bei weitem überkompensiert durch zahlreiche gegenläufige Entwicklungen:

- die Erhöhung der Beiträge zur Pflegeversicherung
- die zweistufige Besoldungserhöhung für Beamte
- die im Tarifvertrag beschlossene Stufensteigerung sowie der Einstieg in die leistungsorientierte Bezahlung
- erhebliche Kostensteigerungen bei der ZVK (Sanierungsgeld)
- die zu erwartende Gehaltssteigerung 2008 (Beschäftigte des Landes erhalten eine Gehaltssteigerung von 2,9%).

Vernetzung und Zusammenarbeit mit Land und Region

Finanzkraft und strukturelle Entwicklung der Stadt genauso wie die zukünftige Organisation der Verwaltung hängen in erheblichem Maß von der Entwicklung der Zusammenarbeit mit dem Land Baden-Württemberg und den Partnern in der Metropolregion Rhein-Neckar ab. Zahlreiche Herausforderungen werden wir ohne eine Kooperation in der Region und ohne Unterstützung durch das Land Baden-Württemberg nicht bewältigen können.

In der Region geht es um Arbeitsteilung, um Abstimmung der Strategien, zukünftig hoffentlich auch um Lastenteilungen. Die Stadt Mannheim setzt sich in erheblichem Maß für die Region ein. Ich selbst und alle Dezernenten sind in den kommunalen Gremien vertreten und überdurchschnittlich präsent. Die Stadt Mannheim engagiert sich als einzige Kommune auch personell im Rahmen der MRN GmbH. Zahlreiche Impulse für eine stadtübergreifende Kooperation ergeben sich aus dem Unternehmensbereich des Konzerns Stadt Mannheim. Mittelfristig sehe ich zusätzlich erhebliche Potentiale, Bereiche der Verwaltung gemeinsam zu organisieren.

Die Präsenz der Stadt Mannheim gegenüber dem Land Baden-Württemberg ist deutlich zu erhöhen. Hier geht es zum einen um die Intensivierung der politischen Kontakte. Es geht aber auch darum, im laufenden Kontakt zur administrativen Ebene des Landes zu bleiben. Im Haushalt ist deshalb die **Einrichtung eines Kontaktbüros der Stadt Mannheim in Stuttgart** vorgesehen. Dieses soll Entwicklungen frühzeitig wahrnehmen und entsprechende Verbindungen zu den verschiedenen Ministerien und Institutionen halten. Die Einrichtung eines solchen Büros ist mit wichtigen Vertretern des Landes und der Landespolitik vordiskutiert und von diesen befürwortet worden.

Bildung ist Zukunft

Die soziale Integration und die wirtschaftliche Entwicklung sind die zentralen Stellgrößen für die zukünftige Entwicklung unserer Stadt. Für beides leistet Bildung einen entscheidenden Beitrag.

Fast nirgendwo sonst in Europa hängen die Bildungschancen besonders für Kinder und Jugendliche so stark von ihrer sozialen Herkunft ab wie in Deutschland. Die sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen liegen auf der Hand. Für Mannheim mit seiner Einwohnerstruktur ist dieses Thema von besonders hoher Bedeutung. Kinder und Jugendliche zu fördern und zu unterstützen ist daher eine der wichtigsten Aufgaben. Dabei geht es nicht um Lippenbekenntnisse, es geht aber auch nicht allein um mehr Ressourcen. Es geht um einen messbar steigenden Erfolg.

Die Voraussetzungen, mit neuen Ansätzen mehr Erfolge zu erzielen, sind mit der Bildung des neuen Dezernats III gegeben. Umfassend können aus kommunaler Sicht Bildungs- und Entwicklungsprozesse für Kinder- und Jugendliche in unserer Stadt organisiert werden.

Eine breitere Qualifikation, eine bessere soziale Integrationsfähigkeit, weniger Gewalt und weniger Abhängigkeit, bessere Schulabschlüsse, besserer Übergang in den Beruf.

Dies erfordert ein beträchtliches kommunales Engagement.

Wir haben in Mannheim bereits eine sehr gute Infrastruktur an Bildungseinrichtungen: Angefangen bei den Kindertagesstätten, über die Schullandschaft, die Stadtbibliothek, die Musikschule, die Angebote der Jugendpflege bis hin zur Kinder- und Jugendakademie. Hier begonnene, weiterführende Projekte müssen fortbestehen und qualitativ verbessert werden.

Gute und attraktive Betreuung-, Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten machen Mannheim im Übrigen zu einem attraktiven Wohnort für Familien. Aus vielen Gründen muss also in Bildung investiert werden. Und entsprechend liegt hier der Schwerpunkt der Haushaltsveränderungen.

Schule der Zukunft

Das Schulsystem ist Veränderungen unterworfen wie nie zuvor! Diese Veränderungen bieten für alle Mannheimer Schülerinnen und Schüler, deren Familien und auch für die Lehrerinnen und Lehrer die Chance, Schule neu zu denken und zu erleben. Durch das Landesprogramm zum Ausbau von **Ganztagsschulen** wird sich die Mannheimer Schullandschaft nachhaltig verändern. Bis 2016 sollen 40 Prozent der öffentlichen allgemeinbildenden Schulen zu Ganztagsschulen werden. Sie wissen, ich will für Mannheim 50 Prozent aller Schülerinnen und Schüler mit Ganztagsangeboten erreichen.

Sechs Ganztagsschulen bestehen bereits und leisten hervorragende Arbeit. Im Zuge des Landesprogramms haben sich weitere Schulen auf den Weg zur Ganztagsschule gemacht und die entsprechenden Anträge gestellt:

- Humboldtschule-Grundschule
- Humboldtschule-Hauptschule
- Humboldtschule-Realschule
- Uhlandschule-Grundschule
- Uhlandschule-Hauptschule

- Vogelstangschule-Grundschule

Damit werden sie einen entscheidenden Beitrag zur Entwicklung der Schullandschaft in unserer Stadt leisten. Für diesen Prozess sind im Baubereich hohe Investitionen erforderlich. Auf Dauer stärker werden sich die Personalaufwendungen niederschlagen. In 2008 steigen die Personalkosten für die Betreuung an Schulen um mehr als eine Mio.€, eine weitere Million kommt 2009 hinzu.

Die Stadt Mannheim beschäftigt sich seit etwa vier Jahren intensiv mit dem Thema **Sprachförderung**. Das Dezernat für Bildung, Kultur und Sport hat in Zusammenarbeit mit dem Dezernat für Jugend, Soziales und Gesundheit mit dem „Runden Tisch Sprachförderung“ ein Projekt initiiert, das Programme zu diesem Thema bearbeitet, Konzepte erstellt und Maßnahmen plant. Unter anderem werden am „Runden Tisch Sprachförderung“ Fördermaßnahmen im vorschulischen Bereich in Kindergärten und Vorschulen begleitet und koordiniert. Auch im Heinrich-Vetter- Grundschulprojekt, an dem zehn Grundschulen mit hohem Sprachförderbedarf beteiligt sind, spielen die Akteure des Runden Tisches Sprachförderung eine herausragende Rolle. Insgesamt konnte in den zurückliegenden Jahren eine erhebliche qualitative Verbesserung im Bereich der Sprachstandserhebung, der konkreten Fördermaßen und der Partnerschaft mit den Eltern erreicht werden. Nicht zuletzt aufgrund der engen Zusammenarbeit mit externen Partnern, ist eine an neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen angelehnte Fortentwicklung geplant.

Die Stadt Mannheim als Schulträger war stets Motor aktueller Entwicklungen. In diesem Zusammenhang ist auch EPiSch zu sehen. EPiSch steht für die **Erhöhung der Personalressourcenkompetenz in Schulen**. Es ist ein wichtiger Beitrag zur weiteren **Verselbständigung von Schulen**. Diese ist für mich der Schlüssel einer schnell wirksamen Schulreform!

Der Mannheimer Schulversuch soll am 01.08.2008 beginnen und ist im Kontext zahlreicher aktueller Landesinitiativen (schulscharfe Ausschreibung, Selbst- und Fremdevaluation, neue Lehrpläne etc.) zu sehen. Die Schule soll sich zur selbständigen Institution entwickeln mit dem Ziel, junge Menschen mit unterschiedlichen Begabungen bestmöglich für ein Leben in einer globalisierten Welt vorzubereiten. Dazu soll die Personalressourcenkompetenz der Schule erhöht werden mit dem Ziel, das Leistungsangebot für die Schülerinnen und Schüler zu verbessern. Die Stadt Mannheim hat mit einer Auswahl an Schulen (einer Realschule, einem Gymnasium und drei Berufsschulen) die Voraussetzungen auf operativer Ebene geschaffen.

Ein Thema, das besonders an Aktualität gewonnen hat, ist die Gewalt an Schulen. Die jüngsten Ankündigungen von geplanten Amokläufen sowie die schreckliche Tat in Finnland haben verständlicherweise zu Verunsicherung und Angst bei allen Beteiligten geführt. Schnappschlösser und Videokameras sind jedoch keine Antwort. Wir sehen die Lösung eher in einem breitgefächerten Angebot zur **Gewaltprävention an Schulen**. Daher müssen die bestehenden Programme ausgebaut werden und neue bedarfsorientierte Angebote geschaffen werden. In den Schulen des Fachbereichs Bildung finden immer wieder Thementage und Workshops statt, die von den Schulsozialarbeitern durchgeführt werden. Speziell geschulte Mitarbeiterinnen der Betreuungsangebote nehmen sich ebenfalls in ihren Einrichtungen dieses Themas an. Darüber hinaus gibt es bewährte Kooperationen mit dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie und der Polizei. Auf Initiative des Fachbereichs Bildung wollen wir zusammen zu Beginn des Jahres 2008 mit dem Verein „JederMann e.V.“ ein weiteres Angebot für die Schulen schaffen. Bereits jetzt haben zahlreiche Schulleitungen ihr Interesse für dieses neue Projekt angemeldet. Das Besondere an diesem Programm ist der ganzheitliche Ansatz: Die Themen und Techniken, die rund um die Gewaltprävention vermittelt werden, können anschließend jederzeit von den Schulsozialarbeitern und den Lehrkräften im Unterricht und in Projekten eingesetzt werden. Des Weiteren werden in das Programm von „JederMann e.V.“ die Eltern durch Elternabende aktiv mit einbezogen. So ist eine besondere Nachhaltigkeit sichergestellt, denn das von den Schülerinnen und Schülern erlernte Wissen wird in die Familien getragen.

Allen Kindern die ihnen gemäße Förderung zukommen zu lassen, ist die nach wie vor nicht ausreichend erfüllte Anforderung an unser Bildungssystem. Dies gilt für Benachteiligte genauso wie für besonders Begabte. In den letzten Jahren hat die Stadt Mannheim deshalb in Zusammenarbeit mit dem Land Baden-Württemberg und vielen Sponsoren aus der Metropolregion die **Begabtenförderung** systematisch ausgebaut. Als einzige Stadt in Baden-Württemberg verfügt Mannheim nun über eine Förderung von der ersten Klasse bis zum Abitur. Die Kinderakademie mit zurzeit rund 220 Teilnehmerinnen und Teilnehmern deckt den Grundschulbereich ab, während die Jugendakademie mit der Unter-, Mittel- und Oberstufe eine altersgerechte Förderung garantiert. Die Nachfrage ist groß und macht einen Ausbau dieses Angebotes notwendig. Dazu gehört die Einrichtung eines Begabtenzugs an einem der Mannheimer Gymnasien zum Schuljahresbeginn 2008/2009. Hier gibt das Land – wie zur Zukunft der Kinder- und Jugendakademie - keine ausreichenden Antworten.

Investitionsschwerpunkt Schulbau

Erfreuliches gibt es im Bereich der Baumaßnahmen zu berichten: Mit den bereits erfolgten Spatenstichen für die Turnhalle plus X im Jungbusch, der Turnhalle an der Johann-Peter-Hebel-Schule in Neuhermsheim und der Aufstockung an der Wilhelm-Wundt-Schule verbessern wir das Raumangebot für den Schulsport genauso wie für den Vereinssport in unserer Stadt.

Die Generalinstandsetzung am Liselotte-Gymnasium steht kurz vor dem Abschluss. Auf einem guten Weg befindet sich die Generalinstandsetzung Haupt- und Realschule-Seckenheim.

Fortschritte wurden auch bei der Schönauer – Rochade erzielt. Die Sanierung der Kerschensteiner-Hauptschule läuft und soll bis März 2009 abgeschlossen werden. Sanierung und Teilumzug des Peter-Petersen-Gymnasiums soll dann 2009 anlaufen.

Mit dem größten Bauprojekt innerhalb der ersten PPP-Tranche wurde im Sommer dieses Jahres begonnen: Die Generalsanierung der IGMH. Um das Projekt zügig voranzutreiben, werden vier große Bauabschnitte (entsprechend der vier Gebäudeteile) gebildet. Dabei ist die Auslagerung der jeweiligen Klassen unumgänglich. Die betroffenen Klassen sind in ein Containerdorf auf dem Schulgelände umgezogen. Wir sprechen hier von einem Investitionsvolumen von insgesamt 29,194 Mio. € - davon 9,4 Mio. € über PPP, 19,873 Mio. € aus dem städtischen Haushalt.

Nach der Neufassung der Kommunalen Vereinbarung beginnen wir jetzt mit dem Neubau der Martin-Schule in Ladenburg. Der Spatenstich findet morgen statt

Ein Thema, das an Aktualität zunimmt, ist die Frage, welche Auswirkungen der demografische Wandel und veränderte Übergangsquoten auf die Mannheimer Schullandschaft haben. Experten des Statistischen Landesamtes gehen von einem Rückgang der Gesamtschülerzahlen um 18 Prozent bis zum Jahr 2020 aus. Derzeit werden knapp 1,7 Millionen Schülerinnen und Schüler an den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen im Land unterrichtet. Schätzungen zufolge werden es 2020 nur noch 1,4 Millionen sein. Bislang kann eine Übertragung dieser Trends auf Mannheim aber noch nicht als gesichert gesehen werden. In einem ersten Schritt hat die Stadt Mannheim jedoch im Rahmen eines Schulversuchs bereits im Schuljahr 2003/2004 die Hauptschulen in drei große

Schulbezirke zusammengefasst. Analog zu den Gymnasien und Realschulen besteht jetzt auch bei den Hauptschulen Wahlfreiheit.

Neue Wege im Schulbau und -unterhalt

In einem ersten erfolgreichen Schritt wurden sieben Schulen und ein Kinderhaus an die Bau- und Betriebsservice GmbH zum Zwecke von Neu- bzw. Ersatzbauten und der Bewirtschaftung übergeben.

Zwischenzeitlich konnten weitere fünf Schulen zur Bewirtschaftung auf die BBS übertragen werden. Zum Jahresbeginn 2008 folgen noch einmal 13 Schulen. Es ist unser Ziel über dieses Bewirtschaftungsmodell **keinen neuen Sanierungsstau** entstehen zu lassen. In den nächsten Jahren sollen nach und nach alle Schulen in dieses Modell überführt werden.

Medien- und Informationskompetenz

Über 830.000 Besucher jährlich unterstreichen die wichtige bildungspolitische Funktion der Stadtbibliothek im Fachbereich Bildung. Sie ermöglicht allen Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt den Zugang zu Information und Bildung. In der 2005 durchgeführten Besucherbefragung erhielten besonders die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bereichen Kompetenz und Freundlichkeit sehr gute Noten. Gerade bei der Stadtbibliothek müssen wir die Qualität über Neuanstellungen von Bibliothekarinnen und Bibliothekaren und Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste sichern. Dies ist im Haushaltsplan erstmals berücksichtigt.

Ein weiterer Meilenstein, den wir realisieren wollen, ist eine Zusammenführung von Erwachsenenbibliothek, Kinder- und Jugendbibliothek, Musikbibliothek und Medienpädagogik. Hierfür werden in einem ersten Schritt finanzielle Mittel für entsprechende Planungen zur Verfügung gestellt.

Die Verbuchungstechnik der Stadtbibliothek soll durch Einführung von RFID (Radio Frequenz Identifikation) in der Zentralbibliothek N 1, in der Musik-, der zentralen Kinder- und Jugendbibliothek und der Schulbibliothekarischen Arbeitsstelle (SBA) in N 3 grundsätzlich erneuert werden. RFID-Technik bedeutet: Informationen zu den Medien (Identifikationsnummer, Sicherungsinformation) werden auf kleinen Chips gespeichert, die mit Funk gelesen werden. Die Technik ermöglicht Integration von Verbuchungs- und Sicherungstechnik, schnellere Verbuchung im Stapel, Einsatz von Selbstverbuchungsplätzen

und von Rückgabeautomaten, wobei letztere im Außenbereich der Bibliothek dann auch 24 Stunden am Tag angeboten werden können. Mit der Einführung der Technik soll der Ausleihbetrieb im gleichen Umfang wie bisher und trotz der knappen Personaldecke sichergestellt werden. Dadurch wird eine Optimierung der Arbeitsabläufe erreicht. Das Personal hat mehr Zeit für dringend zu leistende qualifizierte Arbeiten.

Die Bibliothekszeitstelle in Seckenheim wird im Frühjahr 2008 in ihr angestammtes Domizil im Alten Rathaus zurückkehren. Bis dahin sollen die aufwendigen Sanierungsarbeiten abgeschlossen sein. Nach der Asbestsanierung in der Zeitstelle Herzogenried im Rahmen der Generalsanierung der IGMH wird hier die Mobile Bibliothek einen neuen Standort finden. Der alte Standort in der August-Kuhn-Straße wird aufgelöst.

Musik zeigt Wirkung

Die Musikschule der Stadt Mannheim setzt die im Jahr 2005 begonnene Neukonzeption weiterhin konsequent um. Dabei wird die musikalische Zusammenarbeit mit Kindergärten und mit den allgemeinbildenden Schulen in den nächsten Jahren zunehmend ins Zentrum der Musikschularbeit rücken. Die Gesamtschülerzahl der Musikschule ist von 2.765 im Jahr 2004 auf 3.600 im Jahr 2007 angestiegen. Die Musikschule hat als mittelfristiges Ziel, eine Größenordnung von 4.000 – 4.500 Schülern zu erreichen. Eine extern durchgeführte Kundenbefragung hat ein sehr positives Echo ergeben und den neu eingeschlagenen Weg der Musikschule bestätigt.

Singen und Musizieren sind wichtige persönlichkeitsbildende Faktoren für Kinder und Jugendliche. Musik ermöglicht Kindern, ihre Umgebung besser zu verstehen und sich anderen mitzuteilen. Musizieren fördert Konzentration und Kommunikation.

Daher wird in den kommenden zwei Jahren die Musikschule ihre Kooperationen mit den kommunalen Kindergärten verstärken: Neben Elementarangeboten wird vor allem ein Schwerpunkt auf einer breit angelegten Sprachförderung durch Musik liegen. Außerdem werden die Kooperationen mit den allgemeinbildenden Schulen in Mannheim mit verschiedenen Angeboten (Sprachförderung durch Musik, unterstützende musikalische Angebote, Instrumentalunterricht etc.) weiter ausgebaut.

Sehr erfolgreich startete im November 2007 das Projekt „Musik zeigt Wirkungen“. Dieses auf drei Jahre angelegte Projekt ermöglicht es Kindern und Jugendlichen aus sozial schwachen Familien, ein Musikinstrument zu erlernen. Das Städtische Leihamt Mannheim unterstützt

das Projekt, indem es die Kosten für den Musikunterricht von 30 Kindern übernimmt. Dafür werden insgesamt 50.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Quantitativer und qualitativer Ausbau im Vorschulbereich

So wie sich Schulen umfassend als Bildungsinstitutionen und damit auch insgesamt persönlichkeitsbildend und erzieherisch verstehen müssen, gehören auch die vorschulischen Einrichtungen zu einem so verstandenen, breiten Bildungsansatz. Eine erhebliche Ausweitung wird die Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren erfahren. Dieser Ausbau soll nicht nur als Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern auch als Einstieg für einen besseren Zugang für benachteiligte Kinder zu Bildung und sozialer Integration genutzt werden.

Wie Sie wissen, hat der Bund für 2013 einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter drei Jahren vorgesehen. Auf der Basis eines für ganz Deutschland festgestellten Durchschnittswertes für eine gewünschte Betreuung von 35 % geht es um den Ausbau auf 750 000 Plätze für unter Dreijährige in ganz Deutschland. Legt man diese Zahl von 35 % als Versorgungsquote für Mannheim zugrunde, geht es um insgesamt ca. 2 750 Kinder, für die ein Betreuungsangebot geschaffen werden muss. Berücksichtigt man die Zahl der derzeit bereits „versorgten“ Kinder, so müssen wir in den nächsten Jahren für ca. 1 700 Kinder zusätzliche Betreuungsangebote schaffen. Keiner kann aber im Moment vorhersagen, ob dieses Ziel der tatsächlichen Bedarfslage in 2013 entsprechen wird. Wir beginnen jedenfalls im Jahre 2008 mit zusätzlichen 100 Krippenplätzen und im Jahre 2009 mit zusätzlichen 130 Krippenplätzen. Daneben sind für beide Jahre jeweils 60 zusätzliche Tagespflegeplätze geplant. Dies ist – wie gesagt – ein Einstieg. Das gesamte Vorhaben bedarf einer differenzierten Planung, die prozesshaft zu gestalten sein wird. Diese Planung muss sich an dem zu erwartenden Bedarf und damit zunächst einmal im Wesentlichen an den Betreuungswünschen der Eltern ausrichten. Bisherige Erhebungen für ganz Deutschland haben deutlich gemacht, dass die Betreuungswünsche mit dem Alter der Kinder erheblich ansteigen. Auch die Nachfrage nach einem Krippenplatz oder einem Tagespflegeplatz variiert stark altersspezifisch, d.h. je älter das Kind, umso stärker die Nachfrage nach einem Krippenplatz. Schließlich ist davon auszugehen, dass nicht alle Eltern eine ganztägige Betreuung für ihre Kinder wünschen, so dass auch diese Betreuungswünsche für die weiteren Planungszwecke konkretisiert werden müssen. Die Verwaltung beabsichtigt daher, eine Befragung zu den relevanten Betreuungswünschen in Mannheim durchzuführen.

Neben den Betreuungswünschen der Eltern sind andere maßgebliche Punkte bei der Planung und Verwirklichung des Ausbaus der Kindertagesbetreuung wichtig:

1. Trotz der großen Anzahl der zu schaffenden Plätze werden wir keine isolierten Krippenangebote schaffen, sondern darum bemüht sein, die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern auch über das 3. Lebensjahr hinaus in der für sie gewohnten Einrichtung aufrecht zu erhalten. D.h. konkret: wir werden nicht besetzte Kindergartenplätze in Krippenplätze umwidmen, wir werden die bestehenden Raumressourcen in den Kinderhäusern für die zusätzliche Aufnahme von Krippenkindern überprüfen und wir werden eine Erweiterung des Angebots durch Anbau an bestehende Einrichtungen zu verwirklichen suchen. Auch bei Neubauten wird es wichtig sein zu beachten, dass die Betreuungsangebote auch über das 3. Lebensjahr hinaus gewünscht sein werden.
2. Es muss uns gelingen, Angebote für Schulkinder in Horten außerhalb der Schule in die Schulen zu verlagern, damit die dadurch freiwerdenden Räume für den Krippenausbau genutzt werden können. Bei den neu zu schaffenden Ganztagschulen ist dies bereits Gegenstand eines integrativen Konzeptes, aber auch bei den anderen Schulen sollte dies so verwirklicht werden.

Mit dem Ausbau der Kleinkindbetreuung wird etwas in Bewegung gesetzt, das weit über den Tag hinaus dauert. Daher müssen die Planungen Zukünftiges mit in den Blick nehmen und sich zukünftigen Veränderungen flexibel anpassen. Ich will dies an folgendem Beispiel deutlich machen: Ich erwarte für die Zukunft, dass die bildungspolitische Debatte die Frage des Alters der Einschulung wieder neu aufwerfen wird. Sollte es zu einer Einschulung mit fünf Jahren kommen, fiel ein ganzer Jahrgang für den Kindergarten fort, die Plätze könnten für Zweijährige genutzt werden. Auch die Inanspruchnahme des Erziehungsgeldes wird in ihrer Entwicklung zu beobachten sein wie auch ggf. die Einführung eines Betreuungsgeldes Auswirkungen auf die Betreuungswünsche der Eltern haben kann. Dabei will ich hier deutlich machen, dass ich ein Betreuungsgeld für den völlig falschen Weg halte: Sozial Schwächere werden finanziell motiviert, Ihre Kinder in keine Kindertagesstätte zu schicken! Bei allen Unwägbarkeiten und möglichen zukünftigen Entwicklungen wird die Verwaltung zu den Etatberatungen ein erstes Planungswerk zu dem Ausbau der Kleinkindbetreuung in Mannheim vorlegen.

Qualitätssicherung im Elementarbereich

Der Ausbau der Kleinkindbetreuung stellt uns vor erhebliche quantitative Herausforderungen. Das machen allein die wenigen Zahlen deutlich, die ich bisher genannt habe. Darüber hinaus ist es aber unsere Aufgabe und Pflicht, im Interesse der uns anvertrauten Kinder für die notwendige Qualität der Angebote Sorge zu tragen. Auch in den Angeboten für unter Dreijährige geht es nicht nur um Betreuung, sondern es geht um Bildung, es geht um Erziehung.

Besonders die Bildung im Rahmen frühkindlicher Förderung wird in letzter Zeit richtigerweise verstärkt auch öffentlich diskutiert. Wenn wir bei den Einschulungsuntersuchungen sehen, mit welcher unterschiedlichen Startbedingung die Kinder die schulische Ausbildung als wesentliche Grundlage ihres Verselbständigungsprozesses beginnen, muss durch frühkindliche Bildung im Elementarbereich die Zeit vor der Einschulung genutzt werden, für mehr Chancengerechtigkeit zu sorgen und Benachteiligungen durch Herkunft auszugleichen. Frühkindliche Förderung muss daher den gleichen Stellenwert erfahren wie andere Bildungsbereiche. Da hierbei die Eltern eine wesentliche Rolle einnehmen, sind sie viel stärker in die Bildungs- und Erziehungsprozesse der Einrichtungen einzubeziehen. Es geht um Bildungs- und Erziehungspartnerschaften zwischen Eltern und Tageseinrichtungen sowie Eltern und Schule. Es geht auch um gute und verabredete Übergänge vom Kindergarten in die Grundschule, damit die Kinder einen solchen Übergang als interessante Weiterentwicklung und nicht als einen Bruch in ihrer Entwicklung wahrnehmen.

Wir haben dem Aspekt Qualität bei der Kindertagesbetreuung im Haushaltsplanentwurf in mehrfacher Hinsicht Rechnung getragen. Wir haben zunächst einmal die personelle Mindestausstattung in den pädagogischen und hauswirtschaftlichen Bereichen in allen städtischen Tageseinrichtungen für Kinder sichergestellt. Wir haben darüber hinaus die Finanzierung der Maßnahmen sowohl zur Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Sprachförderung als auch im Zusammenhang mit dem Orientierungsplan des Landes Baden-Württemberg bereitgestellt. Denn die Qualität des Angebots hat im Wesentlichen mit der Qualität des Personals zu tun. Hier appelliere ich dringend an das Land, die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher an die neuerlichen Entwicklungen in der Tagesbetreuung anzupassen, denn für die aktuelle Situation kann ich nur festzustellen, dass die Erzieherinnen und Erzieher nicht hinreichend ausgebildet sind, die Erziehungs- und Bildungsarbeit für unter Dreijährige zu erbringen.

Der Haushaltsplanentwurf weist aus, dass wir für die Erreichung der notwendigen personellen Ausstattung in den städtischen Tageseinrichtungen für Kinder einen Betrag von über 1 Mio. € zusätzlich vorgesehen haben. Für den Orientierungsplan und für die Sprachförderung sind in 2008 insgesamt ca. 1,3 Mio. € und in 2009 knapp 1,5 Mio. € vorgesehen. Der Krippenausbau wird im Verwaltungshaushalt 2008 mit knapp 400.000 € und 2009 mit mehr als 1,6 Mio. € zu finanzieren sein. Hinzu kommen die Investitionskosten von 2,65 Mio. € in 2008 – 2 Mio. € wurden bereits in diesem Jahr durch den Gemeinderat im Vorgriff bereit gestellt - und 3 Mio. € in 2009. Allein der Verwaltungshaushalt, der sich auf den Bereich Tageseinrichtungen für Kinder bezieht, steigt von 63 Mio. € in 2007 auf über 67,8 Mio. € in 2008. Ich denke, dass dies in beeindruckender Weise deutlich macht, dass die Stadt Mannheim die ihr anvertrauten Kinder in den Tageseinrichtungen in der Tat gut fördert.

Tagesbetreuung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Klar herauszustellen ist, dass die Kommunen – so auch die Stadt Mannheim – die genannten Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Ausbau der Kleinkindbetreuung nicht alleine schultern können. Der Bund hat seine Beteiligung sowohl bei den Investitionskosten als auch bei den Betriebskosten in Aussicht gestellt. Wir erwarten auch vom Land, das sich selbst gerne als „Kinderland Baden-Württemberg“ bezeichnet, eine tatkräftige Unterstützung in beiden Bereichen. Im ersten Spitzengespräch am 10.12.2007 zwischen Land und kommunalen Spitzenverbänden wurde kein Ergebnis erzielt!

Gerade die maßgebliche und nachhaltige Unterstützung seitens des Landes bei den Betriebskosten halte ich für außerordentlich wichtig und unterstütze nachhaltig die Forderung des Städtetags Baden-Württemberg nach einer 30%igen Beteiligung des Landes an den Betriebskosten. Denn zum einen verfolgt der Ausbau der Kinderbetreuung das Ziel einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Erziehung. Dies ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der sich das Land Baden-Württemberg in besonderer Weise stellen muss, weil Baden-Württemberg im Vergleich der westdeutschen Bundesländer die höchste Erwerbsbeteiligung von Müttern aufweist, im Vergleich der Betreuungsangebote hingegen im Ländervergleich einen unteren Platz einnimmt.

Aber die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Erziehung ist nicht nur eine Herausforderung an den Staat, sondern auch an die Wirtschaft. Ich habe den Eindruck, dass zunehmend Flexibilisierungs- und Deregulierungstendenzen in der Arbeitswelt den Bedarf an Kinderbetreuungsangeboten bestimmen, ohne dass hierbei hinreichend geklärt ist, ob dies auch den Bedarfen der Eltern und Kinder entspricht. Dies ist aus meiner Sicht eine

Einbahnstrasse, über die kritisch nachgedacht werden muss. Mir ist klar, dass wir nicht starr an Öffnungszeiten festhalten können, die sich noch an früheren Normalarbeitszeiten orientieren, wenn der Strukturwandel in der Arbeitswelt dazu führt, dass immer weniger abhängig Beschäftigte im Rahmen von normalen Arbeitszeiten tätig sind. Hier ist eine gewisse Flexibilität bei den Öffnungszeiten gefragt. Andererseits muss aber auch die Arbeitswelt auf die Belange von Familien Rücksicht nehmen - z.B. durch verstärkte Teilzeitarbeitsplätze -, um einen wirklichen Ausgleich von Familie und Beruf zu ermöglichen. Junge Eltern und junge Familien brauchen für die Betreuung ihrer Kinder gewisse Verlässlichkeit und Stabilität, auf die auch die Wirtschaft bei aller Dynamik, Flexibilität und Mobilität eingehen muss, will sie zufriedene und erfolgreich schaffende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben. Unsere Aufgabe, die wir für die Betreuungsangebote verantwortlich sind, ist es, diese Verlässlichkeit und Stabilität mit zu gestalten und sie abzusichern.

Frühe Förderung – frühe Hilfen

Neben der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Erziehung verfolgt der Ausbau der Tagesbetreuungsangebote das weitere Ziel, Kinder, die in belasteten sozialen Verhältnissen aufwachsen und daher von vorneherein schlechte Zukunftschancen haben, frühzeitig zu fördern. Wir müssen leider feststellen, dass die Zahlen junger Mütter und Väter, die mit ihrer Elternrolle überfordert sind, steigt. fünf bis zehn Prozent aller Kinder eines Geburtsjahrgangs wachsen nach seriösen wissenschaftlichen Untersuchungen in Verhältnissen auf, in denen ein Risiko für Vernachlässigung besteht. Bei den Geburtenzahlen in Mannheim bedeutet dies Jahr für Jahr eine potentielle Gefährdung für ca. 130 bis 260 Neugeborene. Um zu vermeiden, dass aus den Überforderungen der Eltern Vernachlässigungen der Kinder entstehen, müssen wir diese Eltern entlasten und unterstützen. Einen wesentlichen Beitrag hierzu kann die Betreuung in einer Krippe leisten, wenn gleichzeitig Maßnahmen einsetzen, die Erziehungskraft der Eltern zu stärken und sie sicherer und fähiger in den Beziehungen zu ihren Kindern und in der Erziehungs- und Bildungsaufgabe zu machen.

An diese Überlegungen knüpft auch das gemeinsame Projekt „Frühe Hilfen“ des Jugendamtes und des Fachbereichs Gesundheit an, das insbesondere mit der Variante „Krippe Plus“ die unterschiedlichen Möglichkeiten eines Krippenangebots vor Ort nutzen will. Neben dem Betreuungsangebot selbst geht es um ergänzende Angebote sowohl aus dem Bereich der Erziehungshilfe als auch aus dem Bereich des Gesundheitswesens. Daher haben wir auch die Fortführung dieses Projekts im Haushalt vorgesehen, um insbesondere

in den nächsten beiden Jahren zu erproben, wie es gelingen kann, verstärkt Dienste des Gesundheitswesens in ein Angebot „Krippe Plus“ mit einzubeziehen. Sollte sich dies bewerkstelligen lassen und erfolgreich bewähren, wird dies möglicherweise der „Mannheimer Weg“ sein, frühe Hilfen in dieser Stadt zu organisieren und zu strukturieren.

Familie ist und bleibt die wichtigste Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsinstanz. Die Realität zeigt aber, dass das Aufwachsen von Kindern in Familien mit schwierigen sozialen Verhältnissen eine erhebliche Hypothek für das Kind und seine Zukunft darstellen kann. Es ist also Aufgabe öffentlicher Bildung, Erziehung und Betreuung, von Anfang an Familien in der Ausübung ihrer Erziehungsverantwortung und Entwicklung ihrer Erziehungskraft zu unterstützen und zu ergänzen. Das stärkere Herausstellen der öffentlichen Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern in unserer Gesellschaft kann und darf also nicht so verstanden werden, dass die Eltern aus ihrer elterlichen Verantwortung für die Erziehung ihrer Kinder entlassen oder verdrängt werden. Vielmehr ist diese Verantwortung zu fördern und einzufordern. Es geht, wie ich an anderer Stelle schon vorgetragen habe, um Bildungs- und Erziehungspartnerschaften.

Ich bin zudem der Auffassung, dass die mit den frühen Hilfen verfolgte systematische Zusammenarbeit von Kinder- und Jugendhilfe und Gesundheitsfürsorge dazu genutzt werden muss, gemeinsam mit Schule, Polizei und sonst in den Stadtteilen wirkenden Kräften zu einem sozialen Frühwarnsystem zu kommen. Die schrecklichen Einzelfälle von Kindesvernachlässigung und Kindestötung der Vergangenheit machen deutlich, dass Lösungen nicht darin gefunden werden können, einen einzelnen Sozialarbeiter des Jugendamtes zur Verantwortung zu ziehen, sondern dass es darum gehen muss, ein dichtes Netzwerk öffentlicher und freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe, der Institutionen des Gesundheitswesens (Frauenärzte, Kinderärzte, Kinderkliniken, Hebammen etc.), der Schule und familienbezogener Dienstleister entstehen zu lassen. Es müssen die unterschiedlichen Zugangswege und Kompetenzen genutzt und im Interesse der Kinder und ihrer Familien eingesetzt werden. Damit werden notwendige Strukturen bereitgestellt, um problematische Lebenslagen von Familien frühzeitig zu erkennen, richtig zu beurteilen und entsprechend zu handeln.

Einen weiteren Baustein von frühen Hilfen mit dem Ansatz Frühwarnsystem und Kinderschutz stellt ein Projekt des Drogenvereins „Hilfen für Kinder von Drogenabhängigen und Substituierten“ dar. Unter den Menschen, die illegale Drogen konsumieren oder sich in einer Substitutionsbehandlung befinden, gibt es auch Eltern von Kindern. Diese Kinder sind Risikokinder, denen wir unter dem Aspekt der Kindeswohlgefährdung besondere

Aufmerksamkeit schenken müssen. Mit dem Projekt des Drogenvereins soll daher eine frühzeitige Prävention aufgebaut, aber auch gegebenenfalls rechtzeitige Intervention sichergestellt werden. Wir haben hierzu im Haushalt einen entsprechenden Zuschuss für den Drogenverein aus Mitteln der Erziehungshilfe vorgesehen.

Ich will die Gelegenheit nutzen, noch kurz etwas zu dem Thema Kindeswohlgefährdung durch Vernachlässigung, Misshandlung oder Tötung zu sagen. Jeder Einzelfall wühlt uns auf und jeder Einzelfall ist ganz sicher auch Veranlassung, in eine kritische Betrachtung einzusteigen, wie es zu diesem schrecklichen Ereignis kommen konnte. Wo liegt dabei unsere Verantwortung, welches ist unsere Aufgabenstellung? Als öffentlicher Träger der Jugendhilfe haben wir zum einen sicherzustellen, dass die Behandlung solch kritischer Einzelfälle nach einem standardisierten Verfahren abläuft. Und wir haben zum zweiten als Dienstherr sicherzustellen, dass die zuständige Mitarbeiterschaft in die Lage versetzt ist, diese standardisierten Verfahren auch anzuwenden und mit der notwendigen Sorgfalt zu praktizieren. Wenn die zuständige Fachkraft sich an diese standardisierten Verfahren gehalten hat, muss sie sich auch auf der sicheren Seite fühlen können. Wir müssen hier der zuständigen Mitarbeiterschaft gegenüber klare Signale geben, damit die schrecklichen Einzelfälle nicht zu einer zusätzlichen Belastung in der Mitarbeiterschaft führen. Denn die Aufgaben sind schwer genug und man kann nur mit Respekt die Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anerkennen und ihnen Dank für den Einsatz sagen.

Bekämpfung von Kinderarmut

Den Ausbau der Betreuungsangebote für unter 3-Jährige erachte ich auch als einen wesentlichen Beitrag gegen Kinderarmut. Es gibt klare Zusammenhänge zwischen einkommensschwachen Familien und den Möglichkeiten der Kinder, im Bildungssystem ihre Chancen zu bekommen und nutzen zu können. Es ist daher unsere Aufgabe, diese Kinder dadurch vor einer späteren Ausgrenzung und Benachteiligung bei der Ausbildung zu bewahren, dass wir sie in ganz früher Zeit fördern. Bildung von Anfang an ist gerade für diese Kinder eine wichtige Voraussetzung für Chancengerechtigkeit und eine wesentliche Investition, den Teufelskreis „vererbter Armut“ zu durchbrechen. Daher ist es unser Ziel, einen verbesserten Zugang von Kleinkindern mit besonderem pädagogischem Bedarf zu Krippen und damit einen Zugang zu verbesserten Bildungschancen und Lebensperspektiven zu schaffen. Dies ist eine mehr strategische Ausrichtung gegen Kinderarmut, aber aus meiner Sicht mit Blick auf die Zukunft eine äußerst wichtige. Daneben gibt es pragmatische Ansätze wie z.B. die Reduzierung oder der Erlass des Essensgeldes in Tageseinrichtungen

und Schulen. Aus den Anträgen des Gemeinderats gab es seitens der Verwaltung mehrere Optionen zu prüfen. Wir haben uns bei der Prüfung auf ein kostenloses oder ein kostenreduziertes Mittagessen für die Kinder von Geringverdienern konzentriert. Dabei haben wir als Geringverdiener Familien definiert, die entweder ALG II beziehen (arbeitslose Arme) oder von der wirtschaftlichen Jugendhilfe (arbeitende Arme) die Beiträge für die Kinderbetreuung in Tageseinrichtungen erlassen bekommen. Das sind dort immerhin fast ein Drittel der Kinder. Und es ist in der Tat einleuchtend, dass Eltern, denen der Beitragssatz für die Betreuung erlassen wird, auch einen geringeren Beitrag für das Essen zahlen müssen. Als Verwaltung haben wir uns auf einen Beitrag pro **Mittagessen für die Kinder von Geringverdienern in Tageseinrichtungen und Schulen in Höhe von 1 Euro** entschieden und die Mittel, die wir dafür benötigen werden, in den Haushalt eingestellt.

Regelkindergarten im 3. Jahr beitragsfrei ab dem Kindergartenjahr 2009/2010

Wenn wir über den engen Zusammenhang zwischen einer frühen Förderung von Kindern durch Bildung im Elementarbereich und den weiteren Bildungschancen in der Schule einig sind und wir den Kindergarten verstärkt als Bildungseinrichtung begreifen, dann ist die Entwicklung zu einem verpflichtenden Kindergartenbesuch und zur Beitragsfreiheit nur konsequent. Wir wollen deshalb in diesem Bereich einen Impuls setzen. Ich werde dem Gemeinderat für das Kindergartenjahr 2009/2010 die Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr vorschlagen. Dies bezieht sich auf das Regelkindergartenangebot. Diese Beitragsfreiheit für den Regelkindergarten ist bei den anderen Angeboten entsprechend zu berücksichtigen. Voraussetzung für die Beitragsfreiheit ist für mich der regelmäßige Besuch. Ich betrachte eine solche Maßnahme als ein Einstieg in die komplette Beitragsfreiheit, wie sie in der Vergangenheit auch von verschiedenen Seiten des Gemeinderats als richtig und erstrebenswert befunden worden ist. Ich bin fest davon überzeugt, dass in einigen Jahren Beiträge für den Kindergartenbesuch in ganz Deutschland der Vergangenheit angehören werden und der Kindergarten als das angesehen wird, was er wirklich ist: eine wichtige Bildungseinrichtung! Natürlich kann sich die Beitragsfreiheit zunächst nur auf Mannheimer Familien beziehen. Außerdem können wir die Zeit nutzen, darüber nachzudenken, ob wir die Beitragsfreiheit davon abhängig machen, dass das Kind bereits vorher den Kindergarten mindestens ein Jahr besucht haben muss. Denn vorrangiges Ziel muss es sein, dass alle Kinder ab dem 3. Lebensjahr den Kindergarten besuchen.

Schlüsselthema Integration

Die beschriebenen Wege bei Bildung und Betreuung sind zugleich ein Schlüssel zur Integration. Dies verdeutlicht: Integrationspolitik ist kein isoliertes Politikfeld. Integration ist auch nicht einem einzelnen Beauftragen, einem Ausschuss, einzelnen Stadträtinnen und Stadträten oder einem Fachbereich zugewiesen. Wenn es um Bildungschancen geht, um frühe Hilfen, um die Entwicklung der lokalen Ökonomie, Stadtteilorientierung, den Arbeitsmarkt, die Infrastruktur für die Pflege älterer und behinderter Menschen, die Hochschulstadt, die Kreativwirtschaft, den Sport oder die Kultur: überall ist das Thema präsent. Wo es nicht bedacht wird, verfehlen wir unsere Ziele.

Integration heißt für unsere Stadt, das Zusammenleben verschiedener Kulturen so zu sichern, dass Dialog und Verständigung sichergestellt sind. Integration bedeutet, am Ziel einer gemeinsamen Stadtgesellschaft, die keine undurchlässigen Abschottungen kennt, festzuhalten. Integration heißt Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Integration heißt gleiche Lebenschancen. Wir können und müssen unsere Vielfalt als Stärke sehen - bei allen Herausforderungen, die sich damit verbinden.

Wir haben uns auf den Weg gemacht, ein Integrationskonzept zu erstellen, das 2008 vorgelegt werden wird. Es wird in einem Beteiligungsverfahren erarbeitet und die unterschiedlichen Perspektiven und Erwartungen einbeziehen.

Neue Ansätze kommunaler Wirtschaftspolitik

Eine Vielzahl von Akteuren und übergeordneten Trends und Entscheidungen beeinflussen die wirtschaftliche Situation, Struktur und Entwicklung einer Stadt. Das verurteilt Kommunen jedoch nicht zur bloßen Reaktion. Nahezu das gesamte kommunale Handeln hat Bezüge zum wirtschaftlichen Geschehen und kann entsprechende Impulse setzen. Die Zielgenauigkeit der Entscheidungen hängt dabei davon ab, dass sowohl die Bedürfnisse wie auch die Potentiale der Unternehmen und der kommunalen Wirtschaftsstruktur erkannt werden. Mit den genauen Analysen der Arbeitsmarkt- und Beschäftigtenstruktur geht es auch darum, Branchen zu identifizieren, die eine besondere Dynamik, Imagewirkung und Alleinstellung oder Impulswirkung auf das übrige wirtschaftliche Geschehen versprechen. Noch im ersten Halbjahr 2008 will ich daher die Erarbeitung einer wirtschaftspolitischen

Strategie unter dem Aspekt der Clusterbildung beauftragen. Aufsetzen können wir dabei auf bestehende Ansätze im Bereich Medizintechnik und Kreativwirtschaft. Der Logistiksektor ist ebenfalls einer besonderen Betrachtung zuzuführen. Bereits erarbeitete, bzw. in der Erarbeitung befindliche Strategien sind übergreifend zu bewerten und zu überprüfen, auch geht es darum, mögliche weitere Handlungsfelder zu identifizieren.

Nach der klassischen Definition von Michael Porter sind Cluster „...flexible Netzwerke einander ergänzender kleiner und großer Unternehmen sowie Forschungs-, Entwicklungs-, Qualifizierungseinrichtungen und sonstige Kompetenzzentren, die aufgrund enger Lieferverflechtungen und Kooperationsbeziehungen hohe Wettbewerbsfähigkeit entfalten.“ Cluster-Strategien gewinnen für die Wirtschaftspolitik und die Wirtschaftsförderung zunehmend an Bedeutung. Clusterstrategien müssen sich am endogenen Potential einer Region ausrichten. Erforderlich ist eine kritische Masse an Unternehmen und Kompetenzen in den Bereichen Wissens- und Technologietransfer, die quantitativ und qualitativ nicht flächendeckend vorhanden sind.

Der Hochschulpolitik des Landes kommt damit eine besondere Bedeutung zu. Standortbezogene Ausbildungs- und Forschungskapazitäten zu schaffen, ist ein wesentliches, ja unverzichtbares Element der Strukturentwicklung.

Bereits jetzt beteiligen wir uns an entsprechenden Ansätzen: Die Stadt Mannheim unterstützt die Bewerbungen der BioRegion Rhein-Neckar im Bereich der Biotechnologie sowie die von der BASF AG federführend koordinierte Bewerbung des Clusters „Organische Elektronik“ im „Spitzenclusterwettbewerb“ des Bundesforschungsministeriums. Das Universitätsklinikum Mannheim und der MAFINEX Gründerverbund Rhein-Neckar unterstützten die Bewerbung der BioPro Baden-Württemberg GmbH im Bereich der Medizintechnik.

Auch das Land Baden-Württemberg hat mit der Einführung eines neuen Referats „Clusterpolitik“ im Wirtschaftsministerium im August 2006 seine Clusterförderung verstärkt und zwischenzeitlich einen Clusterdialog mit den Regionen begonnen, an dem der Fachbereich für Wirtschafts- und Strukturförderung für die Stadt teilnimmt.

Das Thema „Innovation und Beschäftigung“ ist auch der Schwerpunkt der EU-Förderung im Bereich des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung –EFRE- für die Förderperiode 2007-2013. Die Stadt Mannheim hat mit Teilgebieten der Stadt am EU-Ziel-2-Programm der vergangenen Förderperiode teilnehmen können und im besonderen Maße davon profitiert. Auch in der nun begonnenen Förderperiode wird die Stadt Mannheim mit ausgewählten

Projekten unter der Zielsetzung der Förderung von Innovation und Beschäftigung teilnehmen. Im landesweit offenen „Schwerpunkt 1“ werden regionale Cluster im Jahr 2008 zur Förderung ausgeschrieben. Die Stadt Mannheim will sich mit ihren Clusteransätzen in der Musik-/Kreativwirtschaft und der Medizintechnik an diesem Verfahren beteiligen, um diese viel versprechenden Ansätze am Standort weiter ausbauen zu können. Für den Bereich der Musik- und Kreativwirtschaft erarbeiten wir gerade, unterstützt mit Fördermitteln aus dem bisherigen EU-Ziel-2-Programm, einen Masterplan für die Kreativwirtschaft und evaluieren hierzu die erkennbaren positiven Effekte der Popakademie Baden-Württemberg und des Musikparks Mannheim für die Ausbildung dieses regionalen Clusters. Der Masterplan Kreativwirtschaft soll als Teil der wirtschaftspolitischen Strategie Mitte 2008 vorgelegt werden können.

Marketing: Erweiterung und Vernetzung

Wichtiger Bestandteil der Standortentwicklung ist das Marketing für Mannheim. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass es weitere Optimierungspotentiale gibt. So soll die Koordination und Konzeption des Tourismusmarketings zukünftig beim Stadtmarketing beheimatet sein. Auch ist dieser Bereich auszuweiten. Dies ist sowohl eine wichtige Ergänzung zur Positionierung Mannheims als Kongressstadt wie auch ein wichtiger Transporteur der Botschaft „Lebensqualität“. Entsprechende Haushaltsmittel sind im Doppelhaushalt veranschlagt. Potentiale ergeben sich auch durch eine Zusammenführung bzw. abgestimmte Steuerung des Bereichs Citymarketing und Cityevents mit dem Stadtmarketing. Entsprechende Konzeptionen sind auch hier in Vorbereitung.

Stärken stärken

Die Stadt Mannheim verfügt über eine herausragende Stellung als Einzelhandelsstandort, sie ist nach wie vor ein international wettbewerbsfähiger, starker Produktionsstandort. Beide – traditionellen – Stärken der Mannheimer Wirtschaft sind nicht zu vernachlässigen.

Die großen **Industrieunternehmen** haben in den vergangenen Jahren erheblich in den Standort Mannheim investiert. Die Investitionsplanungen werden erkennbar in erheblicher Größenordnung auch in den nächsten Jahren fortgeschrieben. Entsprechend unterstützt die Stadt Mannheim solche Investitionen im Rahmen der Zurverfügungstellung von Gelände, rascher und qualifizierter durchgeführter Genehmigungs- und Planungsverfahren. Erinnerung sei hier an die großen Investitionen der Firmen Roche, Daimler und John Deere.

Vor einer besonderen Herausforderung steht die Stadt Mannheim, das Mannheimer Traditionsunternehmen Joseph Vögele AG in Mannheim zu halten und die Verlegung auf einen neuen Standort innerhalb der Mannheimer Gemarkung zu bewältigen.

Erfreulicherweise ist es der **Fa. Vögele** in den letzten Jahren gelungen, eine deutliche Ausweitung Ihrer Geschäftstätigkeit zu erreichen. Aktuell sind bereits über 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Werk beschäftigt, wobei für das Jahr 2008 eine weitere Aufstockung um 120 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorgesehen ist. Die beengte Lage des Stammwerkes in Neckarau erlaubt jedoch keine weitere Expansion des Werksgeländes. Vögele beabsichtigt deshalb, das heutige Werk komplett aufzugeben und eine neue Betriebsstätte mit einer Fläche von rd. 25 ha zu errichten. Dabei kommen nicht nur Standorte in Mannheim, sondern auch Standorte im Umland in Betracht.

Um dieses expandierende Traditionsunternehmen in Mannheim zu halten, wurden alle Anstrengungen unternommen, um die sich mit einer solchen Verlegung ergebenden komplexen Problemlagen zu bewältigen. Heute kann gesagt werden, dass dies möglich ist. Ich habe deshalb in zahlreichen Verhandlungen mit den Stellen des Bundes sowie der US-Streitkräfte die Bereitschaft erwirkt, das heutige Militärgelände in Friedrichsfeld frühzeitig zu räumen. Dieses Gelände ist aufgrund der Standortanforderungen von Vögele die einzige Flächenalternative in Mannheim. Um der Firma Vögele kurzfristig ein baureifes Gelände anbieten zu können, müssen für die US-Streitkräfte Ersatzräumlichkeiten geschaffen werden. Ferner soll das Militärgelände im Rahmen eines städtebaulichen Sanierungsverfahrens neu geordnet und baureif hergerichtet werden. Hierfür sind in diesem Haushaltsplanentwurf die entsprechenden (Netto-)Finanzmittel eingestellt. Mit der Landesregierung stehen wir in Verhandlungen über eine Bezuschussung dieser Maßnahme im Rahmen der Programme zur städtebaulichen Erneuerung. Die Stadt Mannheim hat hierbei innerhalb der Metropolregion Rhein-Neckar erneut eine Vorreiterfunktion, in dem konsequent und vorrangig auf die Bereitstellung von Bauland durch Maßnahmen der Konversion und Innenentwicklung gesetzt wird. Klar ist allerdings auch, dass hiermit ein erhöhter Aufwand, sowohl in organisatorischer, als auch in finanzieller Hinsicht verbunden ist. Wir bewältigen den organisatorischen Aufwand. Konkurrenzfähig sind wir beim Bodenpreis gegenüber Ackerland allerdings nicht. Es ist nicht auszuschließen, dass an dieser Frage der weitere Verbleib Vögeles in Mannheim scheitern könnte.

Die außergewöhnlich starke **Stellung des Mannheimer Einzelhandels** ist durch die Investitionen der letzten Jahre weiter ausgebaut worden. Hier wird es und kann es keinen

Stillstand geben. Auch die anderen Funktionen der Innenstadt (Freizeit und Kultur, Standort für Dienstleistungsunternehmen und vor allem Wohnen) erfahren durch diese Entwicklung insgesamt eine Stärkung. Die Neugestaltung der Planken wie die versprochene Umgestaltung der Seitenstraßen zur Breiten Straße sind wichtige, weitere Impulsgeber. In diese Investitionen der Stadt Mannheim haben Unternehmen wie Bewohner auch entsprechendes Vertrauen gesetzt. Zu nennen sind die großen Neubau- und Erweiterungsprojekte von Peek&Cloppenburg und Engelhorn, aber auch die Flagship-Stores der Marken Tommy Hilfiger, S.Oliver, Mexx, Zara, Boss, Esprit und Swarovski sowie umfassende Renovierungsmaßnahmen bei Appelrath und Cüpper und Galeria Kaufhof in N 7.

Entsprechend initiieren, unterstützen und begleiten wir auch weitere wichtige, impulsgebende Investitionen in die Innenstadt. In eine neue Dimension wird sich die Fressgasse durch das Projekt **Q 6/Q 7** entwickeln. Die Stadt Mannheim wird als Einkaufs- und Kongresszentrum aber auch als attraktiver Wohnstandort weiter entwickelt. Neben verschiedensten Angeboten des Handels und der Dienstleistungen auf rund 17.000 qm Nutzfläche können ein Vier-Sterne-Plus-Hotel und hochwertige Wohnungen in das Gesamtprojekt Q 6/Q 7 integriert werden. Mit dem angestrebten Qualitätsanspruch wird das Projekt in der Metropolregion Rhein-Neckar ein Alleinstellungsmerkmal darstellen.

Fortgesetzt werden auch unsere Bemühungen, in **K 1** zu einer umfassenden Lösung zu kommen, die das Stadtentree von Norden aufwertet und die gesamte Breite Straße stabilisiert. Ich setze darauf, dass es gelingt, hierzu 2008 entsprechende Entscheidungen herbeizuführen.

Investitionen in die Infrastruktur stärken die Mannheimer Wirtschaft

Die deutlich ausgeweitete Investitionstätigkeit der Stadt Mannheim wird per se positive Impulse in die lokale und regionale Wirtschaft setzen. Von besonderer Bedeutung sind jedoch Investitionen, die zugleich die Infrastruktur sichern oder verbessern. Die außerordentliche Instandsetzung von Straßen wurde mit 1 Mio. € p.a. deutlich aufgestockt. Westtangente und Ausbau B 44 können weiter vorangebracht werden. Die Investitionen in die Fußgängerbereiche der Mannheimer Innenstadt sind bereits erwähnt. Die langfristig größte und wichtigste Stadtentwicklungsmaßnahme bleibt Mannheim 21, dessen konsequente Entwicklung im Doppelhaushalt und der mittelfristigen Finanzplanung entsprechend abgebildet ist. Daneben soll auch die Entwicklung im Jungbusch und

Verbindungskanal fortgeführt werden. Eine Finanzierung ist über die mittelfristige Finanzplanung bzw. die Nachfolgefinanzierung für Ziel 2 vorgesehen.

Soziales Mannheim – Arbeit schaffen und Zusammenhalt stärken

- Arbeitsmarktpolitik und Sozialhilfe im Strukturwandel

Die Arbeitsmarktpolitik markiert die Schnittstelle zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Eine zielgerichtete Arbeitsmarktpolitik ist nicht möglich ohne eine genaue Kenntnis sowohl der Struktur der Wirtschaft und der dort gesuchten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wie der Sozial- und der Qualifikationsstruktur in Mannheim.

Arbeitsmarktpolitik ist wichtiger und zentraler Teil einer kommunalen Politik, die die Verhinderung von Ausgrenzung als Leitziel hat. Nur eine Stadt, an der alle Bevölkerungsgruppen teilhaben und in der sich Menschen solidarisch engagieren, bleibt auch in Zukunft attraktiv.

Die nachhaltige Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der Stadt erfährt von den eigenen Bürgerinnen und Bürgern und über die Stadtgrenzen hinaus hohen Respekt. Die gesellschaftliche und demografische Entwicklung verlangt hier als kommunalpolitische Weichenstellung:

- eine aktive Arbeitsmarktpolitik, um Menschen wieder schneller in Arbeit zu bringen und Innovationspotenziale im Dienstleistungsbereich zu erschließen und weiterzuentwickeln sowie
- eine integrative Sozialpolitik, die im Zusammenwirken mit bewährten lokalen Partnern den sozialen Zusammenhalt und ambulante wohnortnahe sowie nachbarschaftliche Strukturen stärkt.

Sozialpolitik ist für uns auch deshalb Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, weil die Sozialwirtschaft in hohem Maße Beschäftigung schafft und den Wirtschaftsstandort Mannheim stärkt. Als eigener Wirtschaftszweig wird sie bislang kaum wahrgenommen und gesehen.

Ich gehe davon aus, dass heute jeder fünfte Beschäftigte in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft in Mannheim arbeitet, wenn ich darunter die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die Selbständigen und die Herstellerfirmen gesundheitlicher Produkte hinzurechne. Dieser Bereich hat auch bei weitem die stärksten Zuwachsraten und wird damit zur wichtigsten Säule des Strukturwandels hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft. Eine systematische Analyse über die Nutzeffekte der Mannheimer Sozialwirtschaft und ihre Potentiale gibt es bislang nicht.

Wie das Portfolio einer sozialen Stadt Mannheim aussehen kann, welche strukturpolitischen Weichenstellungen wir hierzu brauchen und wie wir mit einer professionellen Planung und Umsetzung dahin kommen, will ich an den markanten Geschäftsprozessen der ARGE/JobCenter Mannheim und des Fachbereichs Soziale Sicherung, Arbeitshilfen und Senioren deutlich machen: der Arbeitsförderung und Grundsicherung für Arbeitsuchende, der Weiterentwicklung der Pflege und der Neuorientierung der Hilfe für Menschen mit Behinderungen.

Arbeitsmarktpolitik und Grundsicherung für Arbeitsuchende

Die wachsende Arbeitslosigkeit hatte in der Vergangenheit in ihrer Dynamik und in der öffentlichen Wahrnehmung dramatische Dimensionen angenommen und Existenzängste bis in die Mittelschicht hinein ausgelöst. In den letzten beiden Jahren ist jetzt eine deutliche Wende auf dem Arbeitsmarkt hin zu einer erfreulichen Verbesserung der Beschäftigungslage eingetreten. Auffallend ist heute das gute Abschneiden unserer Stadt im interkommunalen Vergleich, wo wir lange Zeit die ungeliebte „rote Laterne“ bei der Arbeitslosigkeit in der Metropolregion Rhein-Neckar innehatten.

Lassen Sie mich diese Aussage mit ein paar Daten untermauern: 17.014 Mannheimerinnen und Mannheimer waren Ende 2005 ohne Arbeit, ein Jahr später waren es noch 13.931, und bis zum November 2007 ist dieser Wert auf 11.361 gesunken. Wir haben also innerhalb von zwei Jahren einen Rückgang der Arbeitslosigkeit von 33 % zu verzeichnen. Mannheim hat mit einer Arbeitslosenquote von 7,4 % zwar unter den baden-württembergischen Städten zur Zeit noch den höchsten Wert, aber innerhalb der letzten zweieinhalb Jahre den stärksten Rückgang bei der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen: von 21.875 und einer Arbeitslosenquote von 14,4 % im März 2005 auf 11.361 und eine Quote von 7,4 % im November 2007.

Für die die Bezieher von Arbeitslosengeld 1 und Arbeitslosengeld 2 stellt sich dieser Trend unterschiedlich dar: Bei den „Kurzarbeitslosen“ (im Rechtskreis SGB III) haben wir einen Rückgang von 5.978 Arbeitslosen Ende 2005 auf nur noch 3.554 im November 2007 (minus 41 %), bei den überwiegend „Langzeitarbeitslosen“ (im Rechtskreis SGB II) einen beachtlichen Rückgang um 29 %. Als Handlungsempfehlung für die Praxis leite ich daraus ab, dass wir uns weiterhin mit aller Entschiedenheit der Arbeitsmarktintegration von Langzeitarbeitslosen widmen müssen.

Wie hat sich die Jugendarbeitslosigkeit im gleichen Zeitraum entwickelt? Ende 2005 hatten 897 Jugendliche unter 25 Jahren keinen Arbeits- oder Ausbildungsplatz, heute sind es noch

559 und damit 38 % weniger. Die Jugendarbeitslosenquote liegt heute in Mannheim bei 3,5 %, im SGB II-Bereich sind nur noch 78 junge Menschen unversorgt. Dieser Erfolg spiegelt die außergewöhnliche Leistungsfähigkeit des Job-Centers Junges Mannheim wieder, das mit dem System Jump Plus im Verbund mit den örtlichen Beschäftigungsträgern eine konsequente Vermittlungspolitik betreibt und jedem unter 25-Jährigen, der das Job-Center betritt, ein verbindliches Angebot für Ausbildung, Arbeit oder Arbeitsgelegenheit unterbreitet. Allerdings ist zu bemerken, dass eine dauerhafte Integration der Jugendlichen in den Arbeitsmarkt aus diesen Zahlen noch nicht abzuleiten ist. Viele werden qualifiziert und beschäftigt mangels Ausbildungsreife oder anderer Alternativen.

Einen bemerkenswerten Erfolg haben wir bei der Integration der älteren Arbeitslosen in Arbeit: die Arbeitslosenzahl ist hier von 2.591 im Dezember 2005 auf 1.408 gefallen. Das ist insbesondere der Initiative der Geschäftsführung der ARGE/Job-Center Mannheim zu verdanken, die mit beispielhaften Projekten die Vermittlung der über 50-Jährigen vorangetrieben hat. Zunächst hat das „Wohnbetreuer“-Projekt bei der GBG mehr als 50 über 50-jährige Arbeitslose nicht nur in Arbeit gebracht, sondern für sie auch dauerhafte Perspektiven bis zur Rente und wertvolle neue soziale Einbindungen geschaffen.

In der Nachfolge zu diesem Projekt ist es dem Job-Center erneut gelungen, für die Jahre 2008 bis 2010 – das kann ich Ihnen bei dieser Gelegenheit aktuell mitteilen – für die Intensivierung der Vermittlung älterer Langzeitarbeitsloser eine Förderung durch den Bund in Höhe von 5,95 Mio. € in die Region zu holen. Davon fließen 5 Mio. € nach Mannheim und der Rest in den Rhein-Neckar-Kreis und nach Heidelberg. Mit diesem neuen Projekt werden wir in den Jahren 2008 bis 2010 weitere 1.000 ältere Langzeitarbeitslose über die JobBörsen integrieren.

Mit den dezentral im Stadtgebiet eingerichteten neun JobBörsen haben wir heute ein dichtes Netz an Vermittlungsstellen dicht an den Unternehmen und am Wohnort der Arbeitssuchenden. Die Erfolgsbilanz der JobBörsen ist so beeindruckend, dass wir dieses System weiterentwickeln und ausbauen wollen.

Allein im laufenden Jahr wurden bis Oktober bereits 1.379 Personen durch die JobBörsen in Arbeit vermittelt. Davon kamen zwei Drittel aus dem Alg-2-Bezug. Über 6.000 Menschen nahmen 2007 die JobBörsen in Anspruch. Auch die Arbeitgeber profitieren von diesen Angeboten: Für das laufende Jahr sind 5.500 Betriebskontakte verzeichnet.

Bei einer Gesamtzahl von 4.100 Integrationen im Jahr 2007 durch das Mannheimer Job-Center heißt das, dass über die JobBörsen mittlerweile bereits ein Drittel aller Vermittlungen laufen.

Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik werden dann besser, wenn es gelingt, überregionale Fördermittel einzuwerben. Hier ist es dem Fachbereich Soziale

Sicherung gemeinsam mit der Agentur für Arbeit in den letzten Jahren gelungen, mehrere Modellprogramme in Zusammenarbeit mit örtlichen Trägern zu entwickeln und dafür beim Bund Fördermittel in einer Größenordnung von rund 14 Millionen Euro nach Mannheim zu holen. Im Einzelnen waren dies die Projekte bzw. Programme Jump, Jump Plus, Arbeit für Langzeitarbeitslose (AfL), das Wohnbetreuerprojekt bei der GBG und das neue Projekt 50 Plus. So erfreulich die Förderung durch den Bund ist, so bedauerlich ist, dass sich das Land aus der aktiven Arbeitsmarktförderung zurückgezogen hat.

Besonders dramatisch ist die Entwicklung beim Europäischen Sozialfonds. Hier stehen für Mannheim 1 Mio. € ab 1.1.2008 weniger zur Verfügung als in der vergangenen Förderperiode. Geschuldet ist dies einer Politik des Landes Baden-Württemberg, die die Mittel des Europäischen Sozialfonds zunächst für zentrale Maßnahmen des Sozialministeriums reduziert hat und in der Folge die gute Entwicklung bei der Jugendarbeitslosigkeit in Mannheim zum Anlass genommen hat, hier Absenkungen vorzunehmen. Die Mittel für Mannheim sind damit mehr als halbiert worden. Mit dieser Reduktion verbindet sich eine Gefährdung der Trägerlandschaft in Mannheim.

Die Entscheidung der Stadt, sich mit Einführung der ARGE aus einem eigenen Finanzbeitrag zu einer aktiven Beschäftigungsförderung zurückzuziehen und allein Bundesmittel einzusetzen, war in dieser Situation in besonderer Weise zu überprüfen. Der Haushaltsentwurf sieht eine **Wiederaufnahme der kommunalen Beschäftigungsförderung** durch für Beschäftigungsförderung gezielt ausgeschriebene Investitionsmaßnahmen in Höhe von 400.000 € und einen Ansatz im Verwaltungshaushalt von weiteren 400.000 € vor.

Perspektivisch sehe ich die Kommunen immer mehr in der Pflicht für eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik. Und ich bin auch der Überzeugung, dass wir in Mannheim dafür sehr gute Voraussetzungen, ein vielseitiges Erfahrungswissen und ein hohes professionelles Niveau haben.

In der Sozialhilfe lauten die zentralen Themen **Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege**: Im Zuge des demografischen Wandels steigt der Anteil älterer und behinderter Menschen an der Gesamtbevölkerung. Durch den medizinischen Fortschritt steigt die Zahl der Hochbetagten und damit auch die Zahl der Demenzerkrankungen und der Multimorbidität. Behinderte Menschen werden heute so alt wie nichtbehinderte Menschen.

Die Prognose in der **Eingliederungshilfe** geht dahin, dass sich die Kosten für die Eingliederungshilfe im nächsten Jahrzehnt verdoppeln, weil die Fallzahlen erheblich ansteigen werden. Für den Haushalt 2008 sind für den jährlichen Nettoaufwand 33,9 Mio. €

für den stationären und 2,4 Mio. € für den ambulanten Bereich veranschlagt, die als Ausgangsbasis für diese Prognose dienen. Ich halte es für entscheidend, eine solche Entwicklung nicht ungesteuert hinzunehmen. Hier ist es dringend erforderlich, dass wir umgehend ein Steuerungssystem aufbauen, das beim einzelnen behinderten Menschen und den Besonderheiten des Einzelfalles ansetzt.

Der Fachdienst „Hilfe nach Maß für behinderte und pflegebedürftige Menschen“, den wir in Abstimmung mit den Trägern der Behindertenhilfe entwickelt haben und der jetzt auch vom Sozialausschuss und Hauptausschuss befürwortet ist, ist ein solcher Weg zur fachlichen Steuerung. Die 2,19 Mio. € für den Aufbau dieses Fachdienstes, den wir an seiner Wirkung messen werden, sind aus meiner Sicht eine notwendige und richtige Investition. Der neue Fachdienst soll insbesondere dazu beitragen, sowohl individuelle Hilfeleistungen zu optimieren als auch strukturpolitische Entscheidungen zur Weiterentwicklung der Behindertenhilfe in ständiger Abstimmung mit den Trägern zu treffen.

Hinzu kommt ein arbeitsmarktpolitischer Effekt, den wir mit der Neuorientierung der Behindertenhilfe verfolgen: Rund 480 Mannheimerinnen und Mannheimer, die Leistungen der Eingliederungshilfe beziehen, werden außerhalb des Stadtgebietes dauerhaft in stationären Einrichtungen versorgt. Der jährliche finanzielle Aufwand für die Stadt Mannheim liegt bei rund 18 Mio. €. Legt man den üblichen Personalschlüssel zugrunde, so werden im Bereich der Eingliederungshilfe gegenwärtig rund 240 Arbeitsplätze außerhalb Mannheims mit städtischen Geldern finanziert.

Ich bin der Auffassung, dass wir damit doppelten Grund haben, den Anspruch einer wohnortnahen Versorgung für Menschen mit Behinderung weiter zu verwirklichen. Zum einen schaffen wir deutlich bessere Chancen für eine Integration von Menschen mit Behinderung in die Mannheimer Stadtgesellschaft, wenn behinderte und nicht behinderte Menschen nicht separiert werden, sondern miteinander leben. Zum anderen wird eine wohnortnahe Versorgung dazu beitragen, dass unsere Wirtschaftskraft nach Mannheim zurückfließt und hier Beschäftigung und Einkommen sichert. Zum dritten soll der individuelle Ansatz den Anteil ambulanter Versorgung deutlich erhöhen, und damit die Steigerungen der Eingliederungshilfe abmildern.

Auch im **Pflegebereich** werden aus meiner Sicht die Arbeitmarkteffekte noch zu wenig berücksichtigt, die der Bevölkerungsstrukturwandel auslöst: Im Jahr 1999 waren in Mannheim 639 Personen bei ambulanten Pflegediensten und 1.765 Personen in Pflegeheimen beschäftigt (Quelle: Pflegestatistik, Statistisches Landesamt). Sechs Jahre später, zum Zeitpunkt der jüngsten verfügbaren Daten aus dem Jahr 2005, lag die Anzahl der bei ambulanten Pflegediensten Beschäftigten bereits bei 860 Personen, in Pflegeheimen bei 1.993 Beschäftigten. Innerhalb von sechs Jahren hat der Mannheimer

Pflegemarkt als Beschäftigungsmarkt damit einen Zuwachs von 449 Personen erfahren. Prozentual entspricht dies einem Beschäftigungszuwachs von knapp 19 Prozent.

Die Konsequenzen für die Weiterentwicklung der Pflege- und Betreuungslandschaft in Mannheim: Der erforderliche Pflege- und Betreuungsaufwand für pflegebedürftige, ältere und/oder behinderte Menschen schafft neue Markt- und Beschäftigungschancen, die es für Mannheim zu nutzen gilt. Ich setze mich daher entschieden dafür ein, dass erforderliche Infrastrukturangebote zur Pflege und Betreuung hier bei uns in Mannheim weiterentwickelt werden. Dabei geht es vor allen Dingen um ambulante Versorgungsstrukturen. In der stationären Versorgung ist durch private Investoren bereits jetzt der geplante Ausbaustand für 2010 erreicht. Ein Ausbau über das erforderliche Maß birgt die Gefahr eines entsprechend steigenden kommunalen Finanzierungsaufwands. Dagegen ist ein Ausbau der wohnortnahen ambulanten Versorgung von hilfebedürftigen Menschen eine Chance für die gesamte Stadtgesellschaft – wir erhalten bestehende soziale Netze, wir bieten neue Beschäftigungsperspektiven und wir schaffen Kaufkraft in Mannheim.

Stadtteilorientierung als Handlungsstrategie

Die Stadtteilorientierung der kommunalen Verwaltung und kommunalen Politik ist ein Schlüssel zu mehr Effizienz und Effektivität, zu höherer Identifikation und Zufriedenheit.

Stadtteilbezogene Strategien verlangen ein fachbereichs- und dezernatsübergreifendes Handeln. Sie befördern damit die allgemeinen Ziele der verstärkten Kooperation. Ausrichtung an messbaren Effekten. Diese Ziele werden durch die Stadtteilorientierung auch unmittelbar für die Bevölkerung erlebbar gemacht. Zugleich befördert die Stadtteilorientierung die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Bürgerschaft und ist damit Teil einer aktivierenden, die Selbstverantwortung und Gestaltungskraft nutzenden und befördernden Strategie. Im Doppelhaushalt 2008/2009 finden sich drei Ansätze zur Weiterentwicklung und Unterstützung der Stadtteilorientierung.

Mit der Komplementärfinanzierung des Quartiermanagements ist die professionelle Unterstützung in den meisten der Quartiere, in denen professionelle Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements erforderlich ist, gewährleistet. Quartiermanagement hat sich in Mannheim in den vergangenen Jahren als erfolgreiches Handlungsinstrument etabliert und zu einem Erfolgsmodell entwickelt. Gemeinsam mit vielen Partnern und vor allen Dingen auch privaten Institutionen ist es gelungen, nicht nur die laufenden Quartiermanagementprojekte in der Östlichen Unterstadt, dem Jungbusch, der Neckarstadt-West und Herzogenried fortzusetzen, sondern mit der Hochstätt auch in einem weiteren

Quartier einen entsprechenden Prozess zu initiieren und ein Quartiermanagement einzuführen. Dem außerordentlichen Engagement zahlreicher Verbände und Gesellschaften gilt mein ausdrücklicher Dank. In die Gesamtbetrachtung einzubeziehen sind zudem die teilweise ähnlich arbeitenden Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit.

In den Sachmitteln für den Verwaltungsumbau sind Projektkosten für die konzeptionelle Vorbereitung der Einführung einer Stadtteilorientierung in der Verwaltung insgesamt und der damit verbundenen Neukonzeption des Quartiermanagements berücksichtigt. 2009 soll das Projekt abgeschlossen sein.

Mit einem Einstieg in die „Übertragung echter Entscheidungskompetenz an die Bezirksbeiräte“ setzen wir einen weiteren Akzent zur Stadtteilorientierung. 200.000 € sind als Budget für die 17 Bezirksbeiräte angesetzt. Die Summe soll den 17 Gremien nach einem variablen Rechenmodell zur Verfügung gestellt werden, das auf einem Sockelbetrag sowie einer Anteilsberechnung mit Einwohnerzahl und Berücksichtigung einer Sozialkomponente basiert. Eine entsprechende Vorlage wird zu den Haushaltsberatungen eingebracht, die Verteilung, Verfahren und Verwendungsrahmen der Gelder bestimmt, so dass die Bezirksbeiräte bereits im Laufe des kommenden Jahres hiermit lokale Projekte nach eigener Wahl und Gewichtung initiieren und fördern können. Nach der Gemeinderatswahl soll die Erweiterung der Entscheidungsmöglichkeiten der Bezirksbeiräte und die Schnittstelle der Entscheidungsstrukturen zwischen Bezirksbeirat, Gemeinderat und Verwaltung neu geordnet werden.

Neues Verständnis von Kulturpolitik

Kulturpolitik kann nicht verstanden werden als ein von den übrigen Politikfeldern weitgehend abgegrenzter Bereich, der die Förderung von einer kulturbezogenen „Freizeitinfrastruktur“ umfasst. Zugleich ist das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass die Aufwendungen der öffentlichen Hand im Bereich der Kultur nur zum geringsten Teil unmittelbar in die Förderung von „Kunstproduktion“ fließt. Überwiegend geht es dabei um Vermittlung, Präsentation, Bildung.

Kunst und Kultur sind zu verstehen als umfassende Impulsgeber und Treiber für soziale und wirtschaftliche Entwicklungen. Damit ist nicht allein die Rolle von Kunst und Kultur als so genannter „weicher Standortfaktor“ gemeint. Der Begriff der weichen Standortfaktoren bezeichnet alle Beiträge zur Lebensqualität. Die Einbeziehung von künstlerischen Prozessen und Kulturprojekten ist mittlerweile jedoch für fast alle gesellschaftlichen Bereiche unverzichtbar geworden, um die angestrebte Qualität zu erreichen. Dies wird sehr deutlich im Bereich der Bildung, wo festgestellt werden kann, dass die Reduktion musischer und künstlerischer Beschäftigung und der Verzicht auf die Durchdringung von

Bildungsinstitutionen mit Kultur zu einem erheblichen Qualitätsverlust führt. Ähnliches gilt für den Bildungsbereich auch hinsichtlich der Bewegungsförderung.

Was für den Bildungsbereich festgestellt werden kann, gilt ähnlich für soziale Einrichtungen und Prozesse. Qualität und Atmosphäre eines Pflegeheims, Erfolg eines Jugendhauses, Identifikationskraft eines Stadtteils – das alles kann gemessen werden und steht in einem direkten Zusammenhang mit der Qualität und Intensität kulturellen und künstlerischen Engagements. Für kreative und Innovationsprozesse in der Wirtschaft werden ebenso zunehmend Künstlerinnen und Künstler oder künstlerische Impulse begleitend genutzt und eingesetzt. Der Anteil des Künstlerisch-Kreativen an der Wertschöpfung der entwickelten Volkswirtschaften nimmt ebenso wie die Nachfrage nach „Gestaltung“ im weitesten Sinn beständig zu. Hier ist der Bereich der Kunst und Kultur längst zum Teil der Wirtschaft geworden.

Zwei Schlussfolgerungen sind hieraus zu ziehen:

1. Kunst und Kultur sind in einen politischen Zusammenhang mit der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt zu stellen.
2. Kulturpolitik muss die verschiedenen Effekte in den Blick nehmen und entsprechend ihr Handlungsfeld deutlich über die Förderung traditioneller Kulturinstitutionen hinaus erweitern.

Für Mannheim ergibt sich die besondere Bedeutung der Kulturpolitik aber noch aus einem anderen Zusammenhang: Die Stadt Mannheim kann seit 250 Jahren als eine Stadt beschrieben werden, die sich in besonderer Weise als Kulturstadt versteht. Diese große Traditionslinie prägt in außergewöhnlicher Weise auch das Selbstverständnis der Bürgerinnen und Bürger. Zugleich ist Mannheim mit seiner ausgeprägten Urbanität und der Vielfalt der Kulturen eine Stadt mit einem – für ihre Größe – weit überdurchschnittlichen Potential für Entwicklungen im Bereich der Kreativwirtschaft.

Die Ausgangslage Mannheims als nach wie vor in ihrem Potential unterschätzte Großstadt und ihr eindeutiges Profil als Kulturstadt legen es nahe mit einer **Bewerbung um den Titel als Europäische Kulturhauptstadt** die bestehende Stärke auch nach außen zu dokumentieren und zugleich der Stadt weitere wichtige Impulse zu geben.

Mit einem solchen Projekt verfolgen wir mehrere Ziele. Der Stadtjubiläumsprozess hat belegt, wie wichtig für eine Stadt mittelfristige Orientierungen auf feste Daten sind, die Anstrengungen fokussieren, Erwartungen wecken und Menschen motivieren. Die Bewerbung um die Kulturhauptstadt ist nach den Erfahrungen 2007 ein solches, auch glaubwürdig vertretbares Projekt.

Die Bewerbung um die Kulturhauptstadt kann zu einem Modell und Leitprojekt für die Arbeitsteilung und Zusammenarbeit zwischen Mannheim, den anderen Oberzentren und der gesamten Metropolregion werden. Die Bewerbung um den Titel der Kulturhauptstadt ist in der Region allein für Mannheim darstellbar und zu tragen. Andererseits ist eine solche Bewerbung ohne die Einbeziehung der Region und einen positiven Effekt für die gesamte Region kaum darstellbar und vertretbar. Schrittmacherfunktion und Kooperation – diese Anforderungen an Mannheim können hier in besonderer Weise exemplarisch erarbeitet werden.

Ein Projekt Kulturhauptstadt 2020 ist kein Kulturprojekt im engeren Sinne. Es ist ein Projekt für Stadtentwicklung und ein Projekt, das entsprechende wirtschaftliche Akzente setzen sollte. Die Themen „Kultur als Integrationsfaktor“, „Kultur als Faktor des Strukturwandels“ und „Kultur als zentraler Bestandteil von Bildung“ sind Themen, die für Mannheim auf der Hand liegen. Themen, die wir unter allen Umständen aufgreifen müssen, die aber im Rahmen eines solchen Projektes mit besonderem Elan und einer besonderen Aufmerksamkeit angegangen werden können.

Nicht zuletzt ist ein solches Projekt eine große Darstellungschance und eine konsequente Fortsetzung der Strategie, die wir mit dem Stadtmarketing und dem Stadtjubiläum eingeschlagen haben. Lebensqualität und Urbanität werden uns nicht per se zugeschrieben. Sie sind unsere großen, jedoch unbekannteren Qualitäten. Bereits jetzt sind die Auswirkungen des demografischen Wandels spürbar. Bereits jetzt müssen beispielsweise Ingenieure für die Region gewonnen werden, weil auf dem Arbeitsmarkt die Nachfrage nicht mehr gedeckt werden kann. Ein solches Projekt ist hier unmittelbare Wirtschaftsförderung. Im Doppelhaushalt sind entsprechend Mittel für erste Planungs- und Koordinationsschritte für ein solches Projekt vorgesehen.

Im Bereich der eigenen **kulturellen Veranstaltungen** und der **Förderung der Kulturprojekte Dritter** haben wir die Haushaltsansätze deutlich erhöht. Sie sind für eine Stadt unserer Größenordnung jedoch immer noch nicht ausreichend. Bei diesen Erhöhungen ist zu berücksichtigen, dass ein Teil durchaus auch direkt der Wirtschaftsförderung zugeordnet werden könnte. Dies gilt für die Erweiterung des Budgets des Popbeauftragten wie für die vorgesehene aktive Filmförderung. Wir wollen mit der Filmkommission der Metropolregion Rhein-Neckar eine Kooperation eingehen.

Das Jubiläumsjahr wurde dazu genutzt, neue Veranstaltungsorte, neue Veranstaltungsformate zu testen sowie etablierte Veranstaltungen weiterzuentwickeln. Vor allem der Alte Meißplatz und die Jungbuschpromenade sind auch in Zukunft „zu bespielen“. Das Literaturfestival „Lesen.Hören“ hat deutlich neue Akzente gesetzt. Das Festival für Jetztmusik und Medienkunst hat die Musikstadt im elektronischen Segment stark aufgewertet und birgt viel Zukunftspotential. Es ist auch für die Festivalregion Rhein-Neckar bedeutsam und soll weiter ausgebaut werden. Intensiver werden wir uns den Themen Nutzung von Leerständen für kulturelle Projekte, aktive Filmförderung, Mannheim als attraktive Ausgehstadt und Entwicklung von kulturellen Projekten in der Innenstadt als eine Folge des EKI-Prozesses widmen. Berücksichtigt ist im Haushalt auch der 250. Geburtstag von Friedrich Schiller. Für entsprechende Projekte sind – neben den turnusgemäß stattfindenden Internationalen Schillertagen – 2009 100.000 € im Haushaltsplanentwurf enthalten. Die Unterstützung der so genannten „Freien Szene“ ist aufgestockt. Im Bereich Bildende Kunst und Darstellende Künste bestehen aber nach wie vor Ausbaubedarfe, insbesondere was die Infrastruktur (kommunale Galerie und Produktionsräume, Produktions- und Präsentationsort für Tanz und Theater) angeht. Fortgesetzt werden die Förderungen von Wunder der Prärie, Enjoy Jazz und Internationale Fototage. Berücksichtigt ist ebenso eine Anschubfinanzierung für den Kunstladen sowie für die ab 2008 in den Räumen des Rosengartens stattfindende Jahrestagung des Instituts für Deutsche Sprache. Neu ist die Übernahme für einen Teil der Bewirtschaftungskosten eines **neuen privaten Museums für moderne Kunst** in Mannheim. Dieses Projekt ist in herausragender Weise geeignet, den formulierten Anspruch als ausgeprägte Kulturstadt zu unterstreichen und belegt das erhebliche Potential Mannheims als auch überregional wahrgenommenes kulturelles Zentrum. Sobald die Verhandlungen mit Land und der involvierten privaten Stiftung abgeschlossen sind, wird dem Gemeinderat eine Beschlussvorlage unterbreitet.

Bei den Institutionen und Einrichtungen der Stadt Mannheim sind in unterschiedlicher Höhe Anpassungen vorgenommen worden. Dies gilt für das Internationale Filmfestival, die Reiss-Engelhorn-Museen, die Kunsthalle und das Nationaltheater. Zur zukünftigen Konzeption des Internationalen Filmfestivals wird eine gesonderte Vorlage erstellt werden. Die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe sind bereits eingebracht.

Die sich herausragend entwickelnden **Reiss-Engelhorn-Museen** haben allein im Investitionshaushalt einen kleineren Anpassungsbedarf, der in der Haushaltsplanung berücksichtigt wurde.

Für die **Kunsthalle Mannheim** steht im Zentrum die notwendige Sanierung des Altbaus. Hier sind nicht zuletzt zur Sicherung der eigenen Sammlung entsprechende Investitionen vorzunehmen in die Gebäudesubstanz (insbesondere Sanierung des Daches), die Klimatechnik und die Sicherungsanlagen. Eine gesonderte Vorlage ist hierzu dem Gemeinderat bereits zugegangen. Die Kunsthalle ist – neben dem Herschelbad – herausragendes Baudenkmal des beginnenden 20. Jahrhunderts, das dringend der Sanierung bedarf.

Das **Nationaltheater Mannheim** ist die mit Abstand größte Kulturinstitution unserer Stadt. Als ältestes und größtes Kommunaltheater in Deutschland spielt es eine besondere Rolle im Selbstverständnis unserer Stadt. Das Nationaltheater Mannheim gehört zu den effizientesten öffentlichen Theatern in der Bundesrepublik. Ohne eine Anpassung des Wirtschaftplans wären erhebliche Einschnitte in Umfang und Qualität vorzunehmen, die strukturiert aber auch nur mittelfristig vorgenommen werden können. Eine entsprechende Vorlage war dem Haushaltsausschuss bereits vorgestellt worden. Die im Haushalt vorgesehene Anpassung ist zu bewerten vor dem Hintergrund, dass die letzte Anpassung des Nationaltheater-Etats vor sieben Jahren stattgefunden hat. Die Anpassung ist in der Lage, die Unterfinanzierung im künstlerischen Bereich zumindest für die nächsten zwei bis drei Jahre auszugleichen. Dringend erforderlich ist eine zumindest entsprechende Anpassung des Zuschusses des Landes Baden-Württemberg. Die Schere zwischen kommunaler Förderung und dem Beitrag des Landes geht weiter auseinander. Bereits vor einigen Jahren hatte das Land Baden-Württemberg vor diesem Hintergrund für Mannheim eine Sonderregelung getroffen. Dieser Bedarf stellt sich nun erneut.

Deutlich mehr Investitionen in den Sport

Im Sportbereich setzt der Doppelhaushalt und die mittelfristige Finanzplanung einen eindeutigen Schwerpunkt im Bereich der Investitionen. Zum einen werden die Investitionen in die Hallen zum Abschluss gebracht. Hier ist gelungen, den gesamten Neubau- und Erweiterungsbedarf mit einer Ausnahme abzuarbeiten.

Die leider unterbrochenen Investitionen in das **Bäderkonzept** werden mit dem Doppelhaushalt 2008/2009 wieder aufgenommen und durch die gesamte mittelfristige Finanzplanung weitergeführt. Für Investitionen in Bäder sind 3 Mio. € pro Jahr vorgesehen. Eine konkrete Investitionsentscheidung für die einzelnen Bäder hat der Mannheimer Gemeinderat zu treffen. Außerhalb der Planungen der Bäderkonzeption hat sich für das

Vogelstangbad ein notwendiger Sanierungsaufwand in Höhe von 4,5 bzw. 5 Mio. € ergeben. Eine solche Investition ist aus den Haushaltsansätzen darstellbar. Sie bedeutet jedoch zugleich, dass andere Sanierungs- und Attraktivierungsinvestitionen, die bereits zurückgestellt waren (Neckarau, Waldhof-Ost, Carl-Benz-Bad) weiter zurückgestellt werden müssen. Ob die Investition insgesamt nachhaltig, ökonomisch und sportpolitisch vertretbar ist, wird Gegenstand der Fachdiskussionen im Frühjahr 2008 sein. Darüber hinaus ist vorgesehen, im Jahr 2008 eine Gesamtplanung für das **Herschelbad** vorzunehmen und noch im Doppelhaushalt die dringend notwendige Sanierung der Fassade zu beginnen. Auf Basis der konkreten Planungen wird der Gemeinderat zu entscheiden haben, ob die Gesamtinvestition in das Herschelbad von über 30 Mio. € und der Erhalt der Badnutzung angegangen werden kann oder ob Alternativen unter Auslagerung der Badnutzung gesucht werden sollten. Zur Erhaltung des Baudenkmals Herschelbad gibt es zweifelsfrei jedoch keine Alternative.

Breit angelegte Vorfelduntersuchungen haben ergeben, dass Investorenmodelle für eine Badnutzung im Herschelbad nicht Erfolg versprechend sind und zu keiner für den Haushalt der Stadt Mannheim relevanten Kostenreduzierung führen können. Eine Auslagerung der Badnutzung ohne ein entsprechendes Nutzungskonzept für das Gebäude wäre unter Umständen mit einem lang andauernden Leerstand verbunden, wie die Erfahrung mit vergleichbaren Objekten in anderen Städten zeigt.

Ein Investitionszuschuss in Höhe von 1 Mio. € ist für das **Strandbad** vorgesehen. Entsprechende Vorlagen sind dem Gemeinderat unterbreitet worden. Das Strandbad ist eine der großen Freizeiteinrichtungen unserer Stadt. Es ist zugleich eine Einrichtung, mit der sich viele Mannheimerinnen und Mannheimer identifizieren. Die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Architektur mit einer angemessenen Gastronomie ist letztendlich ausschlaggebend für das Gesamterscheinungsbild des Strandbads.

Dringende, lange Zeit aufgeschobene **Sanierungsmaßnahmen** bei den städtischen Sportanlagen werden im nächsten Doppelhaushalt angegangen. Dazu gehören die Sanierung des Dachs der Rhein-Neckar-Sporthalle, die Sanierung der Dächer der Lilli-Gräber-Halle und der Herbert-Lucy-Halle, die Sanierung der Umkleidegebäude an der Sportanlage Schlossgarten, der Hallenboden in der Sporthalle Schwetzingenstadt, die Sanierung des Hauptspielfelds im Rhein-Neckar-Stadion sowie die Dachsanierung im Eissportzentrum Herzogenried sowie der Sporthalle Neckarstadt. Um einen Stau bei der Auszahlung von Zuschüssen an die Vereine für Investitionsmaßnahmen zu vermeiden, wurden die **Zuschüsse für den Sportstättenbau** wieder auf 400.000 € angehoben. Auch der Ausbau des Bundesleistungszentrums Kanurennsport ist berücksichtigt.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass es ein vergleichbares Investitionsprogramm in die Infrastruktur für den Breitensport lange Zeit nicht gegeben hat. Die Bedeutung des Sports für unsere Stadt wird damit in besonderer Weise unterstrichen. Mit der Verknüpfung des Sports mit den Bereichen Gesundheit, Jugend und Bildung ergeben sich besondere Potentiale, die Bewegungsförderung und das Engagement der Vereine in den Ausbauplanungen für die Jugend-, Gesundheits- und Schulpolitik einzubeziehen.

Umwelt- und Klimaschutz, Förderung des Radverkehrs

Bereits im Doppelhaushalt 2008/2009 bilden sich Akzentsetzungen im Bereich des Umwelt-, Natur- und Klimaschutzes ab. Für den **Biotopverbund** sind Mittel in Höhe von 100.000 € pro Jahr berücksichtigt. Damit kann die wegweisende Konzeption in der Stadt Mannheim weiter umgesetzt werden. Für die Verbesserung des **Radwegenetzes** und die Instandsetzung der Radwege wurde die Finanzposition um jeweils 150.000 € pro Jahr erhöht. Die Finanzierung der vom Gemeinderat beschlossenen Radwegführung Dalbergstraße ist in den Haushaltsplanentwurf aufgenommen worden. Die Ansätze des Vermögenshaushaltes für die **Sanierung von Grünlagen, Spielplätzen und Bäumen** wurden um 300.000 € pro Jahr deutlich aufgestockt. Als Einstieg in die **Klimaschutzkonzeption**, die durch das IFO-Institut weiter erarbeitet wird, ist die Verdoppelung der Zuschüsse an Private für Energiesparmaßnahmen an Ein- bis Zweifamilienhäusern auf 200.000 € jährlich im Haushalt vorgesehen. Hinzu kommt ein neues Programm „energiesparende Maßnahmen an städtischen Gebäuden“ das im Haushalt mit 500.000 € in 2008 und jeweils 1 Mio. € in den Folgejahren ausgestattet ist. Hinzu kommen die allgemeinen energiesparenden Effekte, die durch den erheblichen Investitionsaufwand in die Sanierung des Gebäudebestands der Stadt Mannheim und die erhöhten Bauunterhaltungen erzielt werden. Diese Programme werden in den kommenden Jahren Ergänzungen durch weitere Projekte – insbesondere auch in Kooperation mit der MVV – erfahren.

Ein Konzeptvorschlag für eine Energieagentur in Mannheim wird durch das IFO-Institut erarbeitet. Mit neuen Strukturen - einem Lenkungsausschuss, einem Beirat und einer Projektgruppe im Bereich Klimaschutz - wird die notwendige Zusammenarbeit der Akteure in Mannheim sicher gestellt.

Die vom **GKM** mit der Entscheidung der letzten Woche nun angestrebte Ersatzinvestition steht nach meiner Überzeugung hierzu nicht im Widerspruch. Auf Basis nun sich konkretisierender Planungen und einer erkennbaren Bauabsicht lassen sich nun die Verfahren der Bürgerbeteiligung entsprechend durchführen. Ich gehe davon aus, dass es vor einem endgültigen Baubeschluss im Aufsichtsrat des GKM auch eine klare politische

Positionierung der Stadt Mannheim auf Basis einer breiten öffentlichen Diskussion geben wird. Ihnen ist meine Position bekannt. Ich stehe zu einem Ausbau der Fernwärme der Region, ich halte Mannheim bei einem Kraftwerksneubau, den es in Deutschland auf jeden Fall geben wird und muss, für den richtigen Standort. Mit der Kraftwärmekopplung entspricht das Projekt auch den Klimaschutzzielen der Bundesregierung. Ich empfehle daher dem GKM ausdrücklich, in die anstehenden Verfahren und die anstehende Diskussion ausgewiesene Experten, wie beispielsweise das Freiburger Ökoinstitut mit einzubeziehen.

Wachsende Stadt Mannheim

Eine besondere Herausforderung für Mannheim ist es, auch als Wohnort attraktiv zu bleiben bzw. noch attraktiver zu werden. Wo sind unsere Potentiale als Großstadt in Konkurrenz zu den anderen Kommunen unserer Region, welche Gruppen können wir realistischer Weise ansprechen?

Mannheim ist nach meiner festen Überzeugung nicht in der Position, Stagnation oder Schrumpfung hinnehmen und damit organisieren zu müssen. Unsere Strategie muss es sein, auf Wachstum, ein noch maßvolles Bevölkerungswachstum hinzuarbeiten. Für Familien sind qualitativ hochwertige Betreuungs- und Bildungsangebote ein entscheidendes Kriterium. Für jüngere und ältere Zielgruppen können es die Entwicklung neuer urbaner Qualitäten und Wohnformen sein. Eine besondere Herausforderung ist die Konzeptionierung städtischer Wohnformen für Familien. Gemeinsam mit unserer Wohnungsbaugesellschaft wollen wir hier Ansätze entwickeln. Sich aus der Konversion militärischer Flächen ergebene Potentiale sind dabei mit einzubeziehen.

Sicherheit und öffentlicher Raum

Die Themen Sicherheit und Gestaltung bzw. Sauberkeit des öffentlichen Raums sind für die Bevölkerung von besonderer Bedeutung. Statistisch ist eine außerordentlich positive Entwicklung hinsichtlich der Sicherheitslage in Mannheim zu verzeichnen. Entsprechend erfüllen uns die Personalreduktionen bei der Polizei mit Sorge. Insbesondere bei Sicherheitsempfinden müssen wir – sollten die Pläne so umgesetzt werden – mit Rückschlägen rechnen, wenn die sichtbare Präsenz reduziert wird. Auch vor diesem Hintergrund ist die Aufrechterhaltung des KOD vorgesehen. Der erhöhte Ansatz für Sanierung von Grünanlagen, die vorgesehene Neufassung der Plakatierungsrichtlinien und Neuordnung der Plakatierung, die fortschreitende Neugestaltung des öffentlichen Raums und die Sicherung der Qualität der Straßenreinigung sollen zu einer Verbesserung der Wahrnehmung des öffentlichen Raums und einer Attraktivierung beitragen.

Im Bereich der **Feuerwehr** konnten Investitionen berücksichtigt werden, die schon geraume Zeit als Bedarf anerkannt worden sind. Auch durch die Verhandlungen meines Amtsvorgängers wird es möglich sein, das über 40 Jahre alte Feuerlöschboot zu ersetzen. Den voraussichtlichen Aufwand von 2,5 Mio. € haben wir in den Haushaltsjahren 2008 und 2009 berücksichtigt. Ihm stehen Zuschüsse in Höhe von 800.000 € der BASF, 100.000 € des Verbandes der Chemischen Industrie Rheinland-Pfalz, 500.000 € des Landes Rheinland-Pfalz und 750.000 € des Landes Baden-Württemberg gegenüber, so dass insgesamt Zuschüsse von 2,15 Mio. € zu erwarten sind. Gestern haben die Partner einen entsprechenden Vertrag unterzeichnet.

Weiter haben wir mit 2,8 Mio. € die Bedarfe bei Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen berücksichtigt und den Neubau des Feuerwehrhauses Friedrichsfeld vorgesehen. In der mittelfristigen Finanzplanung ist auch die Wiedererrichtung eines flächendeckenden Sirennetzes vorgesehen. Die Personalmehrbedarfe auf Grund der notwendigen Reduzierung der Arbeitszeit auf 48 Stunden durch die EU-Rechtsprechung sind im Haushalt erstmals berücksichtigt.

Dank

Trotz der umfassenden Darstellung vieler einzelner Handlungsansätze und Schwerpunktsetzungen im Doppelhaushalt 2008/2009 konnten nicht alle Punkte angesprochen und dokumentiert werden.

Für die inhaltliche Vorarbeit und das rasche Aufgreifen neuer Impulse sei den Fachbereichen herzlich gedankt.

Für die Erarbeitung des Haushaltsplanentwurfs danke ich den Kollegen, den Bürgermeistern Quast und Schmidt und den Fachbereichsleitungen. Ein besonderer Dank geht an den für die Haushaltsplanaufstellung zuständigen Ersten Bürgermeister Christian Specht sowie den Kämmererdirektor Peter Schill und seine Mitarbeiter.

Dank schulde ich nicht zuletzt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Büro des Oberbürgermeisters, die bei der Vorbereitung des Etats und der Etatrede intensiv gefordert waren: Siegfried Raatz, Herbert Bangert, Michaela Dewald und Sabina Scipio.

Ich bin der festen Überzeugung, dass der Haushaltsentwurf eine tragfähige Grundlage für die Politik der Stadt Mannheim in den nächsten Jahren darstellt. Er ist damit zugleich eine gute Grundlage für die anstehenden Haushaltsberatungen durch den Gemeinderat, denen ich einen sachbezogenen und damit erfolgreichen Verlauf wünsche.

